

»In eigener Sache«
Zeitschriften, DDR, Oktober 1989 - Juni 1990

Ein Projekt von Elske Rosenfeld im Rahmen der Ausstellung
east people power.

Textheft

Diskussionspapier des Präsidiums und der Vorsitzenden der Bezirksfachausschüsse zur Erneuerung im DAV der DDR

Durch eine Volksbewegung in Gang gebracht, entwickelt sich in der DDR ein revolutionärer Erneuerungsprozeß. Als demokratische Massenorganisation, die nahezu 530 000 Menschen aller Berufe und Altersgruppen einschließt, will sich der Deutsche Anglerverband der DDR aktiv an diesem Prozeß beteiligen. Das verlangt, daß unser Verband seinen Platz und seine Aufgaben in der Gesellschaft eindeutig bestimmt, notwendige Reformen auch bei sich selbst durchführt, seine Vorschläge für die Erneuerung einbringt und im Rahmen seiner Möglichkeiten an ihrer Realisierung mitwirkt. In Übereinstimmung mit der von vielen Mitgliedern und Leitungen des DAV gestellten Forderungen vertreten das Präsidium und die Vorsitzenden der BFA folgende Positionen:

1. Der DAV erhebt den Anspruch, als selbständige und unabhängige Organisation der Angler wirken zu können, die — auf der Grundlage der Verfassung der DDR — gemäß Statut und eigenen Beschlüssen arbeitet und deren demokratische von unten nach Oben gewählten Leitungen den Mitgliedern des DAV gegenüber verantwortlich und rechenschaftspflichtig sind.
2. Seinen Auftrag sieht der DAV darin, vorrangig für seine Mitglieder die Voraussetzungen und Möglichkeiten für das Angeln und den Turnierangelsport sowohl in der individuellen als auch in gemeinschaftlicher Form zu erhalten und ständig zu verbessern; einen wirkungsvollen Beitrag zum Natur- und Umweltschutz hauptsächlich durch die Pflege der Gewässer und die Erhaltung ihrer Fauna und Flora zu leisten; den Wünschen und Bedürfnissen der Bürger nach sinnvoller Freizeitgestaltung, Erholung und Leistungsstreben zu entsprechen.
3. Diesem Grundanliegen kann nur eine einheitliche Anglerorganisation gerecht werden, der ein demokratisches Mitspracherecht bei staatlichen Entscheidungen insbesondere in den Bereichen der Gestaltung der Landeskultur, der Wasserwirtschaft, der Fischerei, des Natur- und Tierschutzes gewährt wird.
4. Von entscheidender Bedeutung für die Erhöhung der Wirksamkeit des DAV als Interessenvertreter der Angler ist die Ausgestaltung und volle Verwirklichung der innerverbandlichen Demokratie. Das Statut des DAV ist von einer Arbeitsgruppe des Präsidiums unter Einbeziehung von Mitgliedern und Funktionären aus Grundorganisationen sowie allen Leitungsebenen zu überarbeiten. Das Statut muß vor allem die breite Einbeziehung der Mitglieder in die Vorbereitung der Entscheidungsfindung sowie die Erhöhung der Eigenverantwortung der gewählten territorialen Leitungen gewährleisten. Der Entwurf des Statuts ist vom 1. Februar bis zum 10. April 1990 zur Diskussion zu stellen und dem 9. Verbandstag zur Beschlußfassung vorzulegen.
5. Wir sind für die Beibehaltung der im Fischereigesetz festgelegten Übertragung der Nutzung des Fischereirechtes an den Anglerverband und wenden uns entschieden gegen eine Privatisierung bzw. Reprivatisierung oder anderweitige Übertragungen der Nutzungsrechte.

6. Wir fordern von den staatlichen und genossenschaftlichen Einrichtungen und Betrieben der Binnen- und Küstenfischerei die unbeschränkte Erteilung von Angelgenehmigungen an unsere Mitglieder für alle Gewässer, soweit diese nicht intensiv für Produktionsaufgaben genutzt werden. Wir vertreten die Auffassung, daß jeder Fischereiberechtigte für seine gesamte bewirtschaftete Gewässerfläche eine einheitlich geltende Angelkarte ausgibt. Bei der Erklärung zu Intensivgewässern, durch die eine anglerische Nutzung ausgeschlossen wird, beansprucht die Anglerorganisation ein Mitsprache- und Kontrollrecht. Das betrifft auch die Überprüfung des Statuts bestehender Intensivgewässer. Wir sind bereit, über eine Neuregelung der Gebühren, die dem ökonomischen Aufwand für die Bewirtschaftung entsprechen, mit den zuständigen Organen zu verhandeln, bestehen aber zugleich auf einer Rechenschaftspflicht über die Verwendung dieser Mittel.
7. Wir schlagen eine Überarbeitung der Fischereiordnung vor. Alle Regelungen für das Angeln obliegen im Rahmen des geltenden Rechts der Leitung des Anglerverbandes.
8. Wir begrüßen die Aufhebung der Einschränkungen für das Meeres- und Brandungsangeln.
9. Der Schutz unserer Gewässer vor schädlichen Umwelteinflüssen verlangt unsere verstärkte Aufmerksamkeit. Wir treten dafür ein, daß beschleunigte Maßnahmen zur Herabsetzung von Schadstoffeinträgen durchgeführt werden. Wir werden die öffentliche Auseinandersetzung mit Verursachern von Gewässerverschmutzungen aus der Industrie, Landwirtschaft, Fischerei und den Kommunen führen. Wir fordern die Veröffentlichung von Daten über die Belastung von Fischen und Gewässern mit Schadstoffen und die kritische Überprüfung der als zulässig anzuerkennenden Grenzwerte.
10. Vom Ministerium für Umweltschutz und Wasserwirtschaft verlangen wir die Aufhebung des von einigen Wasserwirtschaftsdirektionen verfügten Angelverbots für solche Trinkwassertalsperren, die für Naherholungszwecke genutzt werden.
11. Von der Leitung der staatlichen Forstwirtschaft fordern wir, sämtliche nicht forstwirtschaftlich begründeten Beschränkungen des Zugangs zu Angelgewässern aufzuheben. Wir erwarten die Übertragung der Nutzung des Fischereirechtes der Gewässer in den bisherigen Staatsjagdgebieten oder anderer adäquater Gewässer an den DAV.
12. Wir erwarten vom Minister für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft und den Vorsitzenden der Räte der Bezirke, daß die Ausgabe von "Sonderangelberechtigungsscheinen für die Ausübung des Angelsports auf Binnengewässern der DDR" durch staatliche Organe ab sofort und endgültig eingestellt wird.
13. Wir beantragen in Ergänzung der Naturschutzverordnung vom 1. 9. 1989 eine verbindliche Festlegung, wonach Vertreter der Anglerorganisation in die Beiräte für Naturschutz bei den staatlichen Organen berufen werden. Bei der Begutachtung von Anträgen zur Unterschutzstellung von Objekten ist der DAV einzubeziehen.

14. Wir beanspruchen, daß der Anglerorganisation von den zuständigen Organen insbesondere für gewässerwirtschaftliche Aufgaben bilanzierte materielle Fonds im erforderlichen Umfang bereitgestellt werden.
15. Wir stellen uns das Ziel, ab 1991 die volle Eigenfinanzierung der Aufgaben des DAV zu erreichen. Dazu ist die Finanzordnung des DAV zu überarbeiten und — nach Diskussion in der Organisation und Abstimmung mit den zuständigen staatlichen Organen — vom Präsidium zu beschließen.
16. Wir treten für eine Verstärkung der Zusammenarbeit mit den Anglerorganisationen aller Länder und für den Anglertourismus ein. Im Sinne dieses Grundanliegens und zur Erzielung von Valutaeinnahmen sind wir für den Verkauf von DAV-Angelberechtigungen auch an Angler aus den nichtsozialistischen Ländern.
17. Eine wesentliche Verbesserung muß im bedarfsgerechten Angebot von Angelgeräten erreicht werden. Wie empfehlen, im Zuge der Wirtschaftsreform die Entwicklung und Produktion von Angelgeräten zu konzentrieren und marktorientiert durchzuführen. Zusätzlich sehen wir in der Bildung von kleinen und mittleren genossenschaftlichen und privaten Betrieben eine effektive Möglichkeit, um eine spürbare Verbesserung des Angebots von Angelgeräten und Angelausrüstungen zu bewirken.
18. Die im Sportverlag erscheinende Monatszeitschrift „Deutscher Angelsport“ entspricht weder im Inhalt noch in der Form dem Informationsbedarf der Mitglieder des DAV. Sie erfüllt nur unzureichend ihre Rolle als „Organ des DAV“. Wir fordern deshalb Möglichkeiten zur Herausgabe eines in Inhalt und Ausstattung attraktiven Monatsmagazins des DAV, das unter der Verantwortung des Präsidiums des DAV erscheint. Dazu sind personelle und materielle Bedingungen zu schaffen, wobei vom Prinzip der Eigenerwirtschaftung der Mittel ausgegangen wird.
19. Die volle eigenverantwortliche Wahrnehmung der Aufgaben durch die Leitungen des DAV erhöht die Anforderungen in allen Ebenen. Es wird erwartet, daß der DAV entsprechend seiner Mitgliederzahl bei der Umverteilung der materiellen und personellen Fonds Berücksichtigung findet.
20. In einer ebenfalls dem Verbandstag nach vorangegangener Diskussion vorzulegenden Wahlordnung sind die Grundprinzipien für die demokratische Wahl aller Verbandsleitungen verbindlich festzulegen. Es ist zu prüfen, ob die Wahlperiode einheitlich für alle Leitungen auf 5 Jahre festgelegt und anstelle der Fachausschüsse Vorstände gewählt werden sollten.
21. Der strukturelle Aufbau der Leitungsorgane muß so festgelegt werden, daß die Verantwortungskompetenzen dort zugeordnet werden, wo sie tatsächlich wahrzunehmen sind. Zu überwinden ist der Aufwand für überflüssige Berichterstattungen und Statistiken. Formale und nicht auf die spezifischen Aufgaben des DAV gerichtete Wettbewerbe und Leistungsvergleiche sind nicht mehr durchzuführen.
22. Die Revisionskommissionen des DAV als Kontrollorgane der Mitglieder sind mit größeren Vollmachten auszustatten. Es wird

vorgeschlagen, eine Richtlinie für die Arbeit dieser Kommissionen zu erarbeiten.

23. Über die Durchführung von Wettkämpfen und Meisterschaften ist die vom Präsidium mit seinem „Standpunkt zur Entwicklung des Angelns“ ausgelöste Diskussion im DAV unbefristet weiterzuführen. In der kontrovers geführten Diskussion, die wir als eine Form der demokratischen Meinungsbildung werten, zeigt sich das gewachsene Selbstbewußtsein und überwiegend eine große Sachlichkeit unserer Mitglieder. Bis zu einer Entscheidungsfindung wird das Präsidium DDR-Meisterschaften unter Einhaltung der Wettkampfbestimmungen ausschreiben. (Dieses Diskussionspapier wurde auf der 19. erweiterten Tagung des Präsidiums des DAV der DDR, an der die Vorsitzenden der Bezirksfachausschüsse teilnahmen, am 24. November 1989 erarbeitet.)
Deutscher Anglerverband der DDR

Deutscher Angelsport 12/89, S. 355, 380

Meine Meinung: Ein JA zur Erneuerung im Verband ein NEIN zu anglerischer Anarchie

Liebe Leserinnen und Leser! Mit diesen Zeilen verabschiede ich mich nach über 17 Jahren als Chefredakteur von Ihnen, den mehr als 200 000 Lesern von „Deutscher Angelsport“. Dieser Abschied fällt mir in eben dieser Zeit mehr als schwer. Jedoch, seit Anfang Januar 1989 erkrankt, muß ich nun mein Arbeitsleben beenden, werde aber gerne — wenn das gewünscht wird — im Rahmen meiner verbleibenden Möglichkeiten auch künftig unserem Verband und unserer Fachzeitschrift zur Verfügung stehen. Ich will nicht ausführlich die Vergangenheit Revue passieren lassen, meine aber, da die Medien unseres Landes für das, was sie in der Vergangenheit nicht zu leisten vermochten, heute in der öffentlichen Kritik stehen, auch einiges dazu sagen zu müssen. Wie oft durften wir nicht, wie oft haben wir — auch aus der Sorge um die eigene Existenz und damit aus Mangel an Zivilcourage— über Dinge nicht geschrieben, die unsere Mitglieder bewegten und immer noch bewegen. Für dieses Versagen entschuldige ich mich. Wie oft aber haben wir, manchmal nur zwischen den Zeilen, berichtet, erläutert, angeregt, gefordert. Als die Redaktion vor Jahren die Kinder und Jugendlichen des Verbandes zum Frühjahrsputz der Gewässer aufrief, mußte ich mir die Frage gefallen lassen, ob ich beabsichtige, den „Verband zu einem Verband von Altstoffsammlern umfunktionieren zu wollen“. Natürlich wird sich dieser leitende Funktionär nicht mehr an seine Worte erinnern bzw. erinnern wollen. Was aber war der eigentliche Anlaß zu dieser Aktion, aus der sich dann die Gemeinschaftsaktion „Unsere Gewässer — gepflegte Gewässer“ entwickelte? Es war die Sorge um den Fortbestand einigermaßen gesunder Gewässer, es war die einzige Alternative, über diesen Weg Umweltbewußtsein wachzurütteln — zu einer Zeit, als „von oben“ uns Bürgern eine heile Welt vorgegaukelt wurde, als man die Umweltmisere, in der wir uns befinden, verleugnete. Lassen wir es bei diesem Beispiel, dem noch viele folgen könnten, bewenden. Wenn ich mich nun dem JETZT, HIER und HEUTE zuwende, dann immer wieder auch mit einigen Worten zu dem, was nun der Vergangenheit angehören muß, zu dessen Überwindung allerdings das Engagement durch die Tat und nicht mit Worten, aber unmittelbar nach ehrlichen, freimütigen Diskussionen aller Verbandsmitglieder dringend notwendig ist. Wir können uns glücklich schätzen, als Verband und damit als Verbandsmitglieder mehr als 36 000 Hektar Binnengewässer unser eigen nennen zu können. Das soll, das muß so bleiben. Auch halte ich es nach wie vor für richtig, daß der DAV der DDR korporatives Mitglied des DTSB der DDR ist. Daraus erwachsen uns in der Vergangenheit wesentliche Vorteile, aber auch manche Hemmnisse. Historisch gesehen, muß heute als logische Konsequenz dieser Zugehörigkeit zum DTSB erscheinen, daß wir über lange Jahre vergaßen, vergessen mußten, daß der „Sportplatz“ Natur nicht mit anderen Sportstätten und die Objekte anglerischen Bemühens, die Fische, eben nicht mit Speeren der Leichtathleten, mit Fußbällen zu vergleichen und irgendwohin zu schleudern oder zu treten sind. Eben dieses Vergessen(müssen) unter

dem olympischen mono „Schneller, höher, weiter“ führte zur Entwicklung eines übersteigerten Wettkampfangelns. Wir erzogen Generationen von Wettkampfanglern. Die Mehrheit der Leitungen sah nur im Wettkampfangler den guten Angler, im kollektiven Angeln den Sinn überhaupt und im Spiel der Zahlen über Anzahl der Veranstaltungen und Beteiligten ihre Existenzberechtigung. Vor knapp einem Jahrzehnt schon setzte, wenn auch zögernd, ein Umdenken ein. So neu also ist die Sache ja gar nicht. Es gab und wird noch hartes Für und Wider geben; bisherige Abstimmungen dazu — auch im Präsidium — wurden sogar annähernd demokratisch geführt, wenn man das Verhältnis der Ja- zu den Neinstimmen betrachtet. Ein Verhältnis, das wir anderenorts in unserem Lande heute mit Erstaunen betrachten, aber auch mit Erleichterung, weil sich das Volk der DDR seine Mündigkeit erdemonstrierte, friedlich, und sich nun an diese Mündigkeit gewöhnen und sie zu nutzen lernen muß, zum Nutzen für alle, auch dem der Andersdenkenden. Nein, Angeln ist für mich kein Sport im ureigensten Sinne dieses Begriffes. Mir ist es egal, ob wir das Angeln als Freizeitbeschäftigung oder sonstwie bezeichnen — Angeln sagt doch schon alles. Dabei haben wir es mit lebenden Tieren zu tun. Aus meiner ethisch-moralischen Auffassung, und ich weiß mich dabei einig mit Hunderttausenden Anglern meines Landes, also mit Hiergebliebenen (und der Titel „Hiergebliebener“ ist Auszeichnung und Verpflichtung zugleich), dürfen Fische nicht zum Spielzeug degradiert, also als Objekte zum Vergleich menschlichen Könnens mißbraucht werden. Aus den USA über Westeuropa übernahmen wir, wohl wider besseres Wissen und mit Gegenstimmen, auch mit meiner, das „catch and release“-System in unsere noch geltende Wettkampfbestimmung. Catch and release heißt nicht anderes als fangen und zurücksetzen. Zu welchem Zweck und mit welcher Berechtigung? Abgesehen davon, daß ein angefaßter Fisch potentiell ein vorgeschädigter Fisch ist, wohl doch aus unserer Überheblichkeit uns als Herren dieser Erde zu sehen, nicht aber, wenn nicht Einhalt geboten wird, als Ihre Zerstörer. Das Angeln soll, muß und — davon bin ich überzeugt — wird fortbestehen. Wenn wir die richtigen Formen entwickeln, allein, im Kreis der Familie und Freunde, auch als Gemeinschaftsangeln im größeren Rahmen, auf der Jagd nach einer Trophäe wie aus hegerischen Gründen. Aber wahrscheinlich müssen wir künftig auch um diesen Fortbestand kämpfen, denn wie in anderen Ländern werden hierzulande Kräfte auftreten, die einerseits gegen das Angeln in jeder Form antreten und andererseits das Wort Toleranz im Munde führen, aber Toleranz nicht üben können. Toleranz aber ist auch in unseren Reihen für unsere Sache notwendig. Deshalb müssen wir mit unseren Mitgliedern diskutieren, Ihnen geduldig und sachlich erläutern, worum es nicht einem Präsidium, anderen Leitungen, sondern worum es uns allen gehen muß, die wir diesem Verband beitraten, freiwillig, aber den daraus erwachsenden Rechten und Pflichten gleichermaßen verpflichtet. Deshalb stelle ich mich voll hinter den in Ausgabe 9/89 veröffentlichten Standpunkt des Präsidiums zur Entwicklung des Angelns, an dessen Erarbeitung und Diskussion ich nicht teilnehmen konnte, der aber in den Fragen des WIE unbedingt durch die Diskussion

präzisiert werden sollte. Vor Jahren erschien in unserer Fachzeitschrift unter der Überschrift „Einige wenige sind zu viele“ von mir ein erster Beitrag zur Frage des Fehlverhaltens nicht weniger Verbandsmitglieder am Fischwasser. Für diese ersten offenen Worte wurde ich als „Nestbeschmutzer“ beschimpft - nach der Melodie „was nicht sein kann, das nicht sein darf“, wie es Morgenstern in einem Gedicht so treffend auf den Punkt brachte. Inzwischen gab es mehrere Beiträge zu diesem Thema und sogar eine Konferenz im zuständigen Ministerium, über die wir mehr als ausführlich berichteten. Die Situation hat sich nicht gebessert, im Gegenteil! Anglervandalismus macht sich zunehmend in den Gewässern des DAV (und nicht nur an ihnen) breit. Nach meinem Eindruck erwies sich die Staatliche Fischereiaufsicht, der übrigens als Helfer ein hoher und durchaus verdienstvoller Prozentsatz an Verbandsmitgliedern angehört, als nicht fähig oder nicht willens, die Fischereiaufsicht auch an den Gewässern des DAV überall so wie erforderlich auszuüben. Verständlich, daß aus staatlicher Sicht der Schutz der Gewässer der fischereilichen Produktion vorgeht, schließlich wollen Bürger, die nicht angeln, wenigstens hin und wieder Süßwasserfische im Fischgeschäft kaufen können. Angelvandalismus, von einer zunehmenden Minderheit ausgeübt, ist die eine Seite. Die andere Seite ist die Frage, warum wir es nicht verstanden haben, bei diesen Verbandsmitgliedern - und es sind nicht wenige, wie seinerzeit vorsichtig ausgedrückt - ein Eigentumsgefühl, zumindest ein Miteigentümergefühl an den Gewässern des DAV zu entwickeln? Nehmen wir doch diese für den gesamten Verband zutiefst beschämende Frage endlich in unsere eigenen Hände, bauen wir uns eine eigene „Angelaufsicht“ auf, nicht zu eigenmächtiger Machtausübung der damit Beauftragten, die übrigens gewählt und bei Inaktivität oder Kompetenzüberschreitung ebenso schnell abgewählt werden müßten. Eine eigene Angelaufsicht bedeutet keine Trennung von der partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit der Binnenfischerei. Wir sind auf diese angewiesen, eingeschlossen die Mitnutzung vieler ihrer Gewässer durch Beangelung. Über die Bedingungen dazu wird in nächster Zukunft wahrscheinlich auch zu diskutieren sein. Diese Partnerschaft kann aber nicht so weit gehen, daß noch mehr Gewässer des DAV durch Netzgehege zur Fischmast biologisch geschädigt werden oder sogar veröden. Im Laufe der letzten 20 Jahre erlebten wir einen rasanten Rückgang an Salmoniden-Fließgewässern durch wasserbauliche Maßnahmen, durch Schadstoffeinleitungen, aber auch durch Dazwischenschalten von binnenfischereilichen Mastanlagen, was letztendlich zum Aussterben von Bachforelle und Äsche in derart mehrfach genutzten Gewässern führte. Es ist an der Zeit, diese Entwicklung endgültig zu stoppen, damit nicht Rheinsberger Rhin, Stepenitz, Nebel — um nur einige noch ungeschädigte Gewässer zu nennen — auch noch zum Tode verurteilt werden. Wenn es um Gewässerschutz in jeder Hinsicht und in nicht wenigen Fällen auch um den Preis örtlich ausbleibender Produktionssteigerungen in Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft geht, dann nicht wegen einiger Zehn- oder Hunderttausender Angler. Nein, es geht darum, unsere Landschaft

lebenswert zu erhalten, für alle und für die Generationen nach uns. Wir sollten uns zu eigen machen, was ein afrikanischer Staatsmann, Dr. Julius Nyerere, schon vor Jahren anmahnte: „Wir haben unsere Welt nicht von unseren Eltern geerbt, sondern lediglich von unseren Kindern geliehen.“ Ökonomie ist lebensnotwendig, Ökologie ist überlebensnotwendig. Sie müssen eine Einheit bilden, und diese Einheit wird nur durch Kompromisse bestimmt sein können. Auch hier geht es um gegenseitige Toleranz, um das vertrauensvolle Zusammenwirken der unterschiedlichen Interessenlagen, ob sie nun vom Staat oder gesellschaftlichen Kräften ausgehen. Die Wahlen in unserem Verband sind mir Anlaß, nochmals zur Diskussion herauszufordern. Ich bin mir bewußt, daß das Gewähltwerden das eine, die Arbeit der Gewählten — die nur mit der Hilfe aller Mitglieder erfolgreich sein kann — das andere ist. Eine schwere Arbeit, zudem bis hin zum Präsidium fast nur ehrenamtlich geleistet. Und die Arbeitskräftesituation wird den wünschenswerten Einsatz von mehr hauptamtlichen Kräften auf absehbare Zeit nicht gestatten. Was also ist notwendig? Die Besten sollen uns in jeder Leitung vertreten, es sollten — und das gilt für ehrenamtliche wie für hauptamtliche Funktionäre — in erster Linie Angler im wahrsten Sinne des Wortes sein, zweitens Fachleute im Rahmen ihrer Wahlfunktion, die mit den Mitgliedern reden, d.h. überzeugen können, nicht aber vom Blatt ablesen müssen. Von jedem dieser Gewählten muß sicher sein, daß er jederzeit für die vom Verband mehrheitlich beschlossenen Aufgaben eintritt, engagiert, mit Verstand und Toleranz die berechtigten Anliegen des Verbandes und dabei eben das Machbare gegenüber anderen, gleich welcher Institution und Instanz, vertritt. Noch einige Überlegungen, die m.E. der Diskussion bedürfen. Ja, ich bin der Meinung, daß unser Verband offen für alle interessierten Bürger sein muß. Das aber bedeutet auch als Mitglied sich Pflichten ebenso zu stellen wie Rechte auszuüben. Wer dazu nicht bereit ist, wer gegen innerverbandliches und staatliches Recht, beim Angeln schwerwiegend verstößt, oder inaktiv in seiner Gruppe ist, sollte auch ohne aufwendigen Instanzenweg aus dem Verband ausgeschlossen werden können, nicht durch seine Leitung sondern auf Beschluß der Mitgliederversammlung, und das kann nur ein Mehrheitsbeschluß sein. Es geht doch nicht darum, dem Verbandspräsidium, dem DTSB oder einer noch größeren Öffentlichkeit irgendwelche Mitgliederzahlen zur Selbstbefriedigung zu präsentieren oder Angst vor Mitgliederrückgängen zu haben. So gesehen, stellt sich der Wettbewerb in seiner derzeitigen Form als absurd dar. Mitgliederwerbung darf nicht mehr irgendein Maßstab sein. Maßstab muß sein, wie jede Gruppe (jeder Kreis- und Bezirksfachausschuß dabei unterstützend wirkend) das Verbandsleben für ihre Mitglieder gestaltet, ob sich die Mitglieder in eben dieser Gruppe wohl fühlen, dort eine Heimstatt für ihre Freizeit finden und sich folgerichtig auch dort engagieren. Und die von nicht wenigen Gruppen schon vor Jahren geforderte Probezeit für neue Mitglieder, die benötigt wird, um diese vor der Ausgabe von Angelberechtigungen zu weidgerechtem Verhalten zu befähigen, sollte im Statut des Verbandes festgelegt werden. Ohne den

Jägern in jeder Hinsicht nachzuahmen, können Angler dennoch einiges von ihnen lernen. Berichterstattung, Statistik (nicht im Sinne von oft in der Vergangenheit geübter Schönfärberei, also eines Mißbrauches des ursächlichen Anliegens) ist erforderlich, aber einzig und allein als Entscheidungshilfe für die Standortbestimmung, für Beschlüsse zur weiteren Entwicklung des Angelns. Einmal jährlich müßte genügen, und mehr Freizeit würde für viele Funktionäre frei für praxisnahes Wirken. Noch etwas: Wer angelt, ißt in der Regel auch die Fische. Kann man Fische aus allen unseren Gewässern unbedenklich essen? Besteht nicht die Gefahr gesundheitlicher Beeinträchtigung beim Fischverzehr aus bestimmten Gewässern? Eine oft gestellte Frage, bisher ohne Antwort. Fische sind Endglieder in der Nahrungskette der Gewässer, an erster Stelle die Raubfische. Fische speichern Schwermetalle, Pestizide usw., oft in weitaus höheren Konzentrationen als diese in der Nahrung der Fische zu finden sind. Mehr als nur der Anstand erfordert es, hierüber verbindliche Aussagen der Öffentlichkeit und besonders den Anglern bekannt zu geben. Nachdem aus dem seit Jahren im Volksmund über den Smog kursierenden Witz nun Realität (siehe Tagespresse), wenn auch traurige, geworden ist, halte ich es für dringend geboten, auch in dieser Frage ehrlich zu informieren. Das ist keine Panikmache, und es geht auch nicht um die Mehrzahl der Gewässer. Aber besonders für verschiedene natürliche und künstliche Fließgewässer, für Seen, die sie durchfließen, sollten Öko-Daten zur Genußtauglichkeit von Fischen etwa im Abstand von sechs Monaten veröffentlicht werden. Und wenn im Laufe der Jahre immer weniger Angaben darüber als Folge endlich umfassend durchgesetzten Gewässerschutzes veröffentlicht werden müssen, dann können wir beruhigter in die ökologische und damit in unsere Zukunft blicken.

Ich weiß um die Versorgungslage mit Angelgeräten seit Jahren leider nur zu gut Bescheid, Die Freizügigkeit des Reisens wird das Problem vielleicht mindern, jedoch nicht lösen können. Anderes ist zunächst in der Volkswirtschaft und damit für die Gesellschaft wichtiger. Warum aber erwirtschaften wir nicht mit dem Verband and damit für den Verband Devisen, um damit Importe bestreiten und unsere Turnierangelsportler an internationalen Wettkämpfen teilnehmen lassen zu können'? Denkbar wäre, dass uns dafür wie bei unseren Kombinatn ein Devisenbonus gewährt wird.

Wie ist die Lage jetzt? Tatsache ist doch, daß zahlreiche Besucher aus dem westlichen Ausland hier „schwarz“ angeln, mit DDR-Anglern ungesetzlicherweise mitangeln, in jeder Verkaufsstelle für Angelberechtigungen Urlauberalgelberechtigungen illegal erwerben können, weil nicht der Personalausweis verlangt wird, oder sich diese Angelberechtigungen noch anders beschaffen. Finden wir doch gemeinsam mit den staatlichen Organen eine Regelung hier Valutaeinkünfte zu klar überschaubaren Bedingungen und zu westlichen Verhältnissen angepaßten Gebühren uns zu sichern. Das Argument, daß durch Gebühren ein solches Vorgehen die Angler der DDR um den Lohn ihrer fleißigen Arbeit in der Gewässerwirtschaft, im Gewässerschutz

usw. gebracht werden, halte ich für nicht zutreffend. Schließlich ist kaum ein westlicher Angler, der zu Hause ein überreiches Fischangebot vorfindet, daran interessiert, abgesehen von den Zollbestimmungen, ein so leicht verderbliches Lebensmittel nach einem Besuch der DDR in Massen außer Landes zu bringen, es sei denn, er führt z. B. einen Hechtkopf als Trophäe mit. Übrigens liegt ein entsprechender Vorschlag von mir zum Verkauf von Angelkarten gegen konvertierbare Währung im Generalsekretariat bereits seit etwa 2 Jahren vor. Unsere Nachbarländer Polen und die CSSR, genauer auch deren Anglerverbände, exportieren Satzfische, meist Überschüsse, seit z. T. Jahrzehnten ins westliche Ausland und erwirtschaften damit erhebliche Deviseneinkünfte. Besonders gefragt sind neben bestandsgefährdeten Arten auch Allerweltfische wie z. B. Hechte. Ganz abgesehen davon, daß wir in unserem Verband die Besatznormative veränderten (verschlechterten) Umweltbedingungen anpassen und endlich lernen müssen, nicht mehr der Tonnenideologie bei Karpfen und Regenbogenforellen zu leben — denn viel hilft nicht immer viel, sind auch hier Absatzchancen vorhanden, ohne uns selbst etwas vorzuenthalten. Man muß die Sache nur richtig organisieren.

Angeln gehört aus meiner Sicht nicht zum Grundbedarf des täglichen Lebens. Unsere Mitgliederbeiträge und weitere Gebühren sind denkbar preiswert, d. h. ihr Preis liegt unter dem Wert der dafür ermöglichten Leistungen. Angemessene und auch für Einkommensschwache erschwingliche Gebühren müssen auch in Zukunft unser Ziel sein. Bisher sollten und haben DAV-Spendenmarken eine Finanzierungslücke schließen geholfen, zusätzliche Leistungen ermöglicht. Aber sind wir mit dem Verkauf der Spendenmarken immer den richtigen Weg gegangen? Wurden nicht vielmehr zahlreiche Mitglieder, besonders Kinder, Jugendliche, Rentner mit geringen Renten, schlicht gesagt „vergewaltigt“, weil Leitungen die Ausgabe von Angelberechtigungen usw. vom „freiwilligen“ Erwerb von Spendenmarken des DAV abhängig machten? Und machen! Seit zwei Jahren verbleiben die Einnahmen aus den Spendenmarken vernünftigerweise in voller Höhe in den Grundorganisationen. Dennoch reißen die Beschwerden über die Art und Weise des Eintreibens dieser Spenden und über deren Höhe nicht ab. Auch hier tut sich ein Scheideweg auf, wäre aus meiner Sicht entweder eine Veränderung der Beiträge und Gebühren oder eine klare Aussage des Präsidiums zu einer vernünftigen innerverbandlichen Spendenpolitik angezeigt. Hinzu kommt, daß Spendenmarken für alles mögliche abgerechnet werden, damit das Spendenaufkommen insgesamt künstlich hochgetrieben und dem DTSB schöne Ergebnisse - schöngefärbte - gemeldet werden, und der Druck von Spendenmarken kostet Geld und knappes Papier, vergessen wir das nicht! Im gleichen Atemzug wende ich mich gegen die vielerorts geübte Praxis, die von den Mitgliederversammlungen für die Erhaltung, den Ausbau und die Verschönerung der Gemeinschaftsanlagen und für die Gewässerwirtschaft und den Gewässerschutz beschlossenen ehrenamtlichen Arbeitsstunden nicht zu leisten, sondern dafür - wenn es

hoch kommt - mit Geld zu bezahlen. Ich jedenfalls habe mit meiner Familie in meiner Gruppe Jahr für Jahr die beschlossenen 15 Arbeitsstunden (und mehr) geleistet. Das ist nachprüfbar. Nie bin ich auf den Gedanken gekommen, meiner Leitung zuzumuten, nur weil ich Mitglied des Präsidiums und damit in ehrenamtlicher Arbeit höher belastet bin, mich von dieser Verbandspflicht zu entbinden. Und ich finde für jedes Mitglied ohne Rücksicht auf gesellschaftliche und berufliche Position nicht einen einzigen vernünftigen Grund, nicht mit Hand und Kopf in der Gruppe mitzuarbeiten, jeder nach seinen Möglichkeiten. Arbeit ist tatsächlich verlangt, nicht Geld, das manchem nur zu leicht aus der Tasche rutscht, weil über Jahre hinaus daran gewöhnt, sich Vorteile oder Privilegien zu erkaufen. Reform, Erneuerung - das ist vor allem auch eine Frage der Moral. Und Anglermoral besteht, kann nur darin bestehen, mitzuarbeiten und mitzuangeln zu säen und damit den Anspruch des Erntens zu erwerben. Die gewählten Interessenvertreter, die ehrenamtlichen, wie die hauptamtlichen sind nicht, dürfen nicht die Butler, aber auch nicht die Feudalherren, der Mitglieder sein. Ohne gemeinsames Wirken geht es nicht, sonst können wir dem Staat die Gewässer, die wir von ihm seit mehr als 35 Jahren zur kostenlosen Nutzung, aber in voller Nutzungsverantwortung übertragen bekamen, zurückgeben und sagen: „Nun macht es uns Anglern mal bequem und attraktiv, koste es, was es wolle!“ So geht es nicht, nicht hierzulande, und so darf es im Interesse unserer Gemeinschaft von Anglern dieses Landes auch nicht gehen. In dieser Zeit wird viel und berechtigt nach Privilegien gefragt. Einziges Privileg, das aus meiner Sicht ein Präsidiumsmitglied hatte und noch hat, ist das, etwas oder viel mehr seiner Freizeit der ehrenamtlichen Arbeit für den Verband zu widmen. Um bei der Wahrheit zu bleiben, ein kleines Privileg besteht darin, daß etwa 40 Funktionäre die DDR-Sonderangelberechtigung erhalten. Auch ich. Nur ist deren Gültigkeitsbereich schon seit Jahren stark eingeschränkt, eigentlich ist diese Sonderangelberechtigung eine Farce, da ich mir z. B., will ich auf der Havel in Werder angeln, wo dieser Angelschein nicht gilt, in der Fischverkaufsstelle eine Urlauberwochenangelberechtigung kaufen muß. Und dennoch, mit Beendigung dieses Manuskriptes gebe ich die Sonderangelberechtigung an seinen Aussteller zurück. Überhaupt: Sonderangelberechtigungen sind aus meiner heutigen Sicht, egal, ob auf Kreis-, Bezirks- und DDR-Ebene ein Anachronismus. Sonderangelgewässer des DAV gab und gibt es nicht - das fand ich schon immer gut.

J. Plomann

Deutscher Angelsport 01/90, S. 366

Die Zeit ist reif für Veränderungen Nutzen wir die Chance!

Im Jahre 1983 ging eine Weltkommission für Umwelt und Entwicklung im Auftrage der Vollversammlung der Vereinten Nationen an die schwere Aufgabe, die ökologische Situation auf unserem Planeten zu analysieren und langfristige Umweltstrategien auszuarbeiten. Vier Jahre später legte sie der UNO-Vollversammlung das Ergebnis ihrer Arbeit vor, ein Weltprogramm des Wandels, bekannt geworden als „Brundtland-Bericht“. Mehr als elf Millionen Hektar Wald werden jährlich zerstört, und um sechs Millionen Hektar wachsen Jahr für Jahr die Wüsten.

Luftverschmutzung, Treibhauseffekt, Ozonloch, Grundwasserbelastung sind Schlagworte, die jedes einen ganzen Komplex von Ursachen und Wirkungen berühren. Der Artenschwund in Fauna und Flora ist unübersehbar und nimmt dramatisch zu. Die Vielfalt der Arten aber ist Voraussetzung für das normale Funktionieren der Ökosysteme und der Biosphäre als Ganzes. Gewiß weisen unsere Avifaunen noch immer eine relativ hohe Zahl nachgewiesener Arten aus. Aber wie hat sich bei vielen einst häufigen Arten die Individuenzahl verringert! Wo singt denn noch die Grauammer, wo ruft der Wendehals, wo hallt das dumpfe Brüllen der Rohrdommel durch den kalten Frühlingsmorgen, wo das „Karrekiet“ des Drosselrohrsängers aus dem Schilf? Die Ornithologen unserer Fachgruppen haben enorme Leistungen vollbracht bei der Erforschung der Vogelwelt, Leistungen von wissenschaftlichem Wert, die Achtung abnötigen und anerkannt werden. Die landesweite Erfassung und Bearbeitung der Vogelwelt in Regionalfaunen ist weit fortgeschritten und geht ihrer Vollendung entgegen. Kaum meßbar sind Aufwände an Zeit, Einsatzbereitschaft, Disziplin und Stetigkeit. Nicht minder groß sind die Bemühungen um die Erhaltung der Vogelwelt, um die Bewahrung der Landschaftsvielfalt und die Sicherung von Naturschutzgebieten.

Natürlich: Manch Vorhaben stieß nicht überall auf Verständnis und Gegenliebe. Und schmerzvoll mußten auch weitere Einbußen festgestellt und hingenommen werden. Vielerorts gut entwickelt ist das Zusammenwirken der an unterschiedlichen Teilaspekten der Natur interessierten Fachgruppen. Schließlich: Artenschutz ist auf Dauer nur durch Biotopschutz realisierbar. Das weiß jeder Naturfreund, jeder Naturschützer, mag er sich nun besonders den Gefiederten zuwenden oder den Käfern, den Orchideen oder den Bäumen. Solch Eintreten für den komplexen Natur- und Landschaftsschutz hat seine Traditionen, seine Geschichte, seine Erfolge und Rückschläge. Es wurde mit großem Einsatz für das Gemeinwohl, für unser aller Lebensumwelt, unser aller Lebensqualität, für ethisch hohe Ziele gearbeitet, gestritten und wohl auch gelitten. Es ist nicht mehr zu übersehen, daß solch Streben offenbar seine Grenzen hat. Denn Vogelschutz, Naturschutz, Umweltschutz existieren nicht als Bereiche getrennt von der Tätigkeit, den Bestrebungen und Bedürfnissen der Menschen, von den ökonomischen, ja den politischen Strukturen der Gesellschaft, somit auch nicht unabhängig von deren Fehlentwicklungen und Irrtümern. So haben uns denn „politischer und ökonomischer Pragmatismus der vergangenen Jahre nicht allein eine politische Krise beschert, sondern

auch eine ökologische", wie unser amtierender Bundessekretär, Dr. Rolf Caspar, feststellt. Niemand, keine Partei, keine Organisation, keine Interessengruppe kann und darf erwarten, daß sich die Probleme von alleine entproblematisieren oder daß das die jeweils anderen tun müßten, tun werden oder auch nur zu tun vermögen. Dabei sind allerdings nach dem unterschiedlichen Grad der Verantwortung, der Kompetenzen und der Befugnisse auch unterschiedliche Möglichkeiten gegeben. Aber Verantwortung, Mitverantwortung tragen wir alle, wollen wir alle tragen. Das wird in dieser politischen Aufbruchssituation allenthalben offenbar. Unendlich viele Mitglieder unserer Fachgruppen, unserer Gesellschaft für Natur und Umwelt, Naturschutzbeauftragte und -helfer, Mitarbeiter von wissenschaftlichen und staatlichen Einrichtungen haben sich dieser Verantwortung schon immer gestellt. Aber unsere Möglichkeiten waren begrenzt. Und der Barrieren waren viele, Barrieren der fehlenden Information, der Mißachtung wissenschaftlicher Erkenntnisse, der eingeschränkten Befugnisse, der mangelnden Demokratie überhaupt. Jetzt aber ist jedes Zögern, jedes Abwarten falsch. Bringen wir auf jeder Ebene unsere Potenzen mit ein, denn wir sind nicht ohne Erfahrungen. Beteiligen wir uns an der freimütigen Diskussion zur Erneuerung unserer Gesellschaft. Es ist ein weites Feld! Und beschränken wir uns dabei nicht auf unsere „speziellen“ Interessen! Wir brauchen auch eine erneuerte GNU. Wir brauchen die Besinnung auf unsere Grundposition, wir brauchen deren Weiterentwicklung und daraus abgeleitet konkrete Forderungen, an deren Durchsetzung und Verwirklichung wir gemeinsam mit allen an ökologischen Zielsetzungen interessierten und für ökologische Notwendigkeiten sensibilisierten Bürgern, Bewegungen, Initiativen und Gruppierungen herangehen. Der FALKE ruft die organisierten Ornithologen, ruft die Fachgruppen und örtlichen und regionalen Leitungen, ruft alle Leser, alle Sympathisanten auf, ihre Kenntnisse und Erfahrungen, ihre Hoffnungen und Wünsche, ihre Vorschläge und Forderungen einzubringen in die sich lebhaft entwickelnde Bewegung zum demokratischen Umbau unserer sozialistischen Gesellschaft. Breiteste Öffentlichkeit nämlich ist eine wesentliche Bürgerschaft für den Erfolg der notwendigen Veränderungen. Wir müssen zu einer klaren Umweltstrategie unseres Staates kommen, die in alle Bereiche unserer Gesellschaft hineinreicht, denn niemand und nichts ist auf Dauer lebens- und entwicklungsfähig ohne die Berücksichtigung ökologischer Bedingungen und Erfordernisse. Die Zeit ist reif für Entscheidungen, global, national — heißt es im eingangs zitierten Brundtland-Bericht der UNO. Die Zeit war reif für Entscheidungen in unserem Lande. Wir haben keine Zeit zu verschenken. Nutzen wir die historische Chance! W. Z.

Der Falke 12/89 S. 402, 403

Für den Fortbestand unserer Umweltvereinigung

1. Unsere Umweltorganisation muß souverän und frei von jeder Einmischung staatlicher Dienststellen und politischer Parteien sein.
2. Sie muß um eine Umweltstrategie unseres Landes kämpfen, die gesamtgesellschaftliche Optima aufzeigt.
3. Sie muß im internationalen Orchester der nichtstaatlichen Umweltorganisationen mitspielen, sich von nationaler Enge befreien und auch globale Umweltprobleme berücksichtigen.
4. Sie muß sich für eine Weiterentwicklung der Umwelttheorie einsetzen. Dabei geht es vor allem um Fragen der Ethik und Verantwortung, um Wirtschaftswachstum, um Lebenswerte und Lebensmodelle.
5. Sie muß darauf drängen, daß in den Umwelt-Katastrophengebieten der DDR umgehend grundlegende Sanierungsmaßnahmen durchgeführt werden.
6. Offenlegung aller Umweltprobleme. Dazu reicht die Bekanntgabe ausgewählter Umweltdaten nicht aus. Diese Daten müssen sachkundig, vor allem auch aus medizinischer Sicht, erläutert werden. Bisherige Beschönigungen müssen realistischen Darstellungen weichen.
7. Die Umweltgesellschaft muß sich dafür einsetzen, daß mit den Naturressourcen unseres Landes sparsam und rationell umgegangen wird.
8. Es ist zu fordern, daß die Zuordnung des Naturschutzes zum MLFN überprüft wird. Die bisherige Praxis, daß der Landwirtschaftsminister als Verantwortlicher für einen der am stärksten die Umwelt belastenden Wirtschaftszweige Verordnungen zum Naturschutz erläßt, ihre Einhaltung kontrolliert und mit allen Vollmachten für die Erteilung von Ausnahmegenehmigungen ausgestattet ist, stellt eine juristische Kuriosität dar.
9. Es ist zu fordern, daß Staatsjagdgebiete, Staatliche Jagdwirtschaften sowie Jagdgebiete auf Bezirks- und Kreisebene ausnahmslos und alle mit ihnen verbundenen, an feudale Verhältnisse erinnernden Privilegien einzelner Personen abgeschafft werden. Touristenjagden auf kommerzieller Basis sind abzulehnen. Sie erinnern fatal an Intershops in der Natur. Es ist dafür Sorge zu tragen, daß die Wildbestände auf ein mit der land- und forstwirtschaftlichen Nutzung vertretbares Maß reduziert werden.
10. Die Militärforsten sind auf das unbedingt notwendige Maß zu reduzieren.
11. Die bisherige Energie-, Landwirtschafts- und Forstpolitik sind zu überprüfen. Sie dürfen nicht von der Ökonomie des Tages bestimmt werden, sondern müssen von dem Streben um Nachhaltigkeit im gesamtwirtschaftlichen Sinne und ökologischer Stabilität getragen sein. Land- und Forstwirtschaft müssen als Ökotechnologie aufgefaßt werden.
12. Alle Produktionsbetriebe müssen bei Androhung ihrer Schließung zur Einhaltung umweltverträglicher Grenzwerte gezwungen werden.

13. Jeder Verursacher von Umweltschäden muß für diese aufkommen. In Zukunft muß vom Verursacherprinzip zum Vorsorgeprinzip übergegangen werden.
14. Es ist eine unabhängige, nur dem Parlament rechenschaftspflichtige Umwelt-Kontroll-Instanz zu fordern.
15. Ökologie und Umweltschutz müssen fester Bestandteil der gesamten Volksbildung, des Hochschulwesens, der Berufsausbildung und Erwachsenenqualifizierung werden.
16. Den Umweltproblemen muß in den Massenmedien ein gebührender Platz eingeräumt werden. Umgehend muß eine niveauvolle Umweltzeitschrift geschaffen werden.
17. Trotz Pluralismus sollte alles getan werden, um eine Zersplitterung der Kräfte zu vermeiden. Mit anderen Umweltorganisationen ist eine enge Zusammenarbeit anzustreben.

Aus der Rede von Prof. Dr. Thomasius auf der Zentralvorstandssitzung der Gesellschaft für Natur und Umwelt. Berlin 15. November 1989

Der Falke 01/90 S.5

Ornithologen im Spannungsfeld zwischen Erneuerung, Bewahrung und Weiterentwicklung

Es ist für eine Monatszeitschrift mit relativ großem Herstellungsvorlauf nicht leicht in dieser politisch schnelllebigen Zeit, sich zu in voller Bewegung befindlichen Prozessen zu äußern. Selbst Tageszeitungen sind oft schon in der nächsten Ausgabe zu Berichtigungen oder gar Dementis gezwungen und nicht etwa, weil sie einer Falschmeldung, einer unseriösen Nachricht aufgesessen waren, sondern weil die Eigendynamik der Entwicklung so konkret nicht absehbar war. Die Meldung von heute kann durchaus seit gestern abend schon überholt sein. Mit welchen Unsicherheiten geht da eine Redaktion an ihre Druckfreigabe, deren Produkt erst nach Wochen vor die Augen des geneigten Lesers gelangt. Daß wir mit diesen Betrachtungen nicht einen Bericht über den Brutbestand der Lachmöwe meinen, versteht sich. Um so mehr freuen sich Autor und Redaktion, wenn sie bei konkreten Meinungsäußerungen zu Fragen der gesellschaftlichen Einbindung unserer Arbeit bei Erscheinen dieser Äußerungen feststellen können, daß sie vielleicht gar zum Sprecher und Beförderer einer von ihnen nach Erfahrung und Überzeugung für richtig erachteten und eben darum von ihnen mit ihren Mitteln unterstützten öffentlichen Meinung wurden. Den vom ZFA am 11. Dezember 1989 beschlossenen Brief an den Ministerpräsidenten (FALKE 2/90) und unseren Leitartikel „Die Zeit ist reif für Veränderungen, Nutzen wir die Chance!“ (FALKE 12/89) dürfen wir mit Genugtuung einschätzen. Letzterer löste einen breiten Widerhall aus und initiierte Zustimmungen, Zurufe, Anmerkungen, Meinungsäußerungen, ähnliche und weiterführende Bekenntnisse und die Zusendung von Informationen über eigene Aktivitäten von Fachgruppen oder Arbeitsgemeinschaften, ja bis zu einem freundlichen Zuspruch aus der bisher so fernen Vogelwarte Radolfzell, worüber wir unsere Freude nicht verhehlen. Natürlich bereiten wir einige dieser Materialien, sofern sie von den Autoren erkennbar dafür gedacht waren, zur Veröffentlichung vor. Wir wollen auf diese Weise die weitere Aussprache beleben und das Engagement unserer Ornithologen widerspiegeln, die sehr wohl wissen — und es schon immer wußten und danach handelten! — daß in erheblichem Maße auch unsere Arbeit, unser freudvolles Forschen und ernsthaftes Streiten in den gesellschaftlichen Kontext eingebunden ist. Daß sie von daher oft ihre Beschränkung erfuhr, daß sie aber dennoch nicht vergebens und nicht immer ohne Wirkung war. Es wäre falsch anzunehmen, daß mit dem nun klaren Aussprechen von Notwendigkeiten, Erkenntnissen und Forderungen sich alles von selbst ergibt. Die Übergangszeit schon hat ihre Verwirrungen im oft noch so ungeübten Diskutieren über gangbare Wege, die Zukunft wird neue andere Probleme und Schwierigkeiten für unsere Arbeit bringen. Das betrifft unser Forschungs- und Schutzziel, den Vogel und die Voraussetzung zu seiner Existenz, die zu schützende Landschaft. Und das betrifft sogar die Organisationsformen unserer bisherigen Arbeit. Darauf reagieren wir: In seiner Tagung am 11. Dezember 1989 nahm der ZFA Kurs auf einen, wahrscheinlich in

Landesverbänden sich realisierenden Ornithologenverband der DDR. Auf der nächsten ZFA-Beratung am 8. Februar 1990 wurden schon Grundlagen der Struktur des Verbandes beraten. Statut und Satzungen liegen vor. Wenn diese Zeilen gedruckt erscheinen, wird die selbständige Ornithologenvereinigung der DDR unter dem Namen "Verband für Ornithologie und Naturschutz" am 24. März in Potsdam schon seine Gründungsversammlung gehabt haben. Wir sind sicher, daß auch solche Gedanken und Vorstellungen, wie wir sie im oben zitierten Leitartikel in Heft 12/89 beschwören dabei die Schritte in den neuen Abschnitt unseres Wirkens begleiten, damit wir in diesem Spannungsfeld zwischen Erneuerung und Bewahrung auch das Bewußtsein unserer bisherigen respektablen Leistungen, unser Selbstbewußtsein bewahren, unser Engagement für Ornithologie und Naturschutz fortführen, ja uns selbst, unsere freudige und sehr ernsthafte Hinwendung zu unserer „scientia amabilis“ weiterentwickeln.
W.Z.

Der Falke 04/90 S. 105, 132

Aufrufe, Debatten, Abstimmungen und kein Ende?

Allenthalben wird Krisen-Inventur betrieben, wird über Fehler — meist die der jeweils anderen — debattiert, auch eigene Versäumnisse — dann aber meist objektiv verursachte und unverschuldete — werden hie und da benannt. Das alles ist kein Wunder in einer Zeit politischer Umbrüche, die sich zuerst als Aufbruch zu neuem eigenen Selbstverständnis darstellten und ganz zweifellos auch so gemeint waren. Aber wie bald ließen sich Gefühle der Enttäuschung nicht mehr verdrängen, wenn wir uns vielerorts in zeitraubenden, kräftezehrenden, meist schlecht oder gar nicht geleiteten Debatten unsere Standpunkte zerredeten. Oder offenbarte sich dabei, daß die Standpunkte so klar gar nicht waren? Man könnte wiederum sagen: Wie sollten sie auch? Aber das scheint mir eine zu einfache Erklärung der zeitweisen totalen Wirrnis in den Zielvorstellungen und Verfahrensweisen zu sein. Die Analyse der Diskussionsabläufe, des Mißverstehens, des Aneinander-Vorbeihörens und -redens offenbarte viele klassische Phänomene der Individual- und Gruppenpsychologie. Am bedrückendsten war das zu erleben auf der außerordentlichen Tagung des Zentralvorstandes der damals noch so firmierenden Gesellschaft für Natur und Umwelt, die — so wie sie angelegt, vorbereitet und geleitet wurde — folgerichtig mit einem Eklat und Desaster endete. Man ging ohne Ergebnis auseinander, genauer: ohne ein vernünftiges Ergebnis, eher verwirrt, geschwächt. Unser Leitartikel in 12/89 spiegelt die Hoffnungen jener Zeit wider. In 1/90 wurde das Thema fortgeführt. Eine neue Zentralvorstandssitzung konnte noch immer nicht aus der Krise führen, aber neue Orientierungen deuteten sich an. Besonnene Leitungsmitglieder des Zentralvorstandes und der Bezirksvorstände besannen sich ihrer Kompetenzen und Potenzen. Die Neuformierung, nunmehr als Bund für Natur und Umwelt beim Kulturbund, setzte ein. In den Bezirken, Regionen und einstig-künftigen Ländern parallele, auch divergierende, nicht wenige zentrifugale Tendenzen. Und die Ornithologen, seit einem Jahrzehnt Teil der GNU im KB, rund vier Jahrzehnte aber schon tätig als Teil der Natur- und Heimatfreunde im Kulturbund? Verständlich, daß die Wirrnis hier weniger ins Auge fiel, wohl auch objektiv viel geringer sein konnte, denn die wesentlichen Aktivitäten lagen immer in den Bezirken und Regionen, ihre tragende Basis waren immer lebensfähige und initiativreiche Fachgruppen und Arbeitsgemeinschaften. Und so schienen die beiden letzten ZFA-Sitzungen, etwas unsicher und zäh zwar, ohne allzu große Reibungsverluste den jahrelang immer mal wieder erträumten, gewünschten, erstrebten, aber durch zentralistische Politik verhinderten selbständigen Ornithologen-Verband der DDR anzusteuern (vgl. FALKE 2/90, S. 64 und FALKE 4/90, S. 105, 132-133). Die dort angekündigte Konstituierung des Ornithologen-Verbandes geriet dann aber um nichts besser, als die oben geschilderten Vorstandssitzungen des um seine Positionierung ringenden BNU (ehemals GNU). Einige Bezirke hatten die vorher so basisdemokratisch geforderten wahllegitimierten Vertreter gleich gar nicht entsandt, andere dokumentierten Abwarten, Abstand oder Sonderwege durch Beobachter.

Abstimmungen hatten das derzeit übliche „Gefälle“: Beginnend mit verfahrenen Verfahrensdebatten und einer geforderten Genauigkeit bis „hinterm Komma“, dann aber ermüdet endend mit „eins, zwei, drei, viele“. Was aber dann doch zustande kam, bevor sich die erschöpften legalen und semilegalen Deputierten und Beobachter wieder zerstreuten, um in Bezirken, Kreisen und Ländern ihre traditionsreiche, meist gute, achtunggebietend gute Fachgruppenarbeit wie eh und je oder noch besser fortzusetzen, war die Wahl einer Leitung (mag man so heute noch sagen?) einer sich als Sektion (Sektion wovon fragt man sofort) verstehenden Vereinigung der ornithologisch tätigen Gruppierungen in der DDR. Also der seinerzeit zentralistisch verhinderte gewünschte eigene Ornithologen-Verband wurde nun demokratisch verhindert. Wie das so kam, war zu erleben. Warum das so für nötig befunden wurde, ist schwer nachzuvollziehen. Denn ein klar profilierter selbständiger Verband wäre doch keine Barriere für künftige Zusammenschlüsse in einem sich vereinigenden Deutschland gewesen. Wir hatten gehofft, diesen besorgten und doch nicht ganz unoptimistischen Stimmungsbericht mit einigen konkreten Aussagen eines Protokolls oder einer Presseerklärung der Sektionsleitung abschließen zu können; bis dato wurde uns nichts bekannt. Auf jeden Fall ist der Leitungsgruppe mit Dr. Wallschläger als Vorsitzendem Glück zu wünschen. Wir sind insofern optimistisch, als sich die Tätigkeit der Vogelfreunde ja künftig wie einst auf das Objekt Vogel orientiert und nicht auf zähe Parlamentsdebatten. Schließen wir den Bogen und kommen wieder zurück auf den Bund für Natur und Umwelt, der am 21. April in einer Benennung seines „koordinierenden Rates“ und der ehemaligen Mitglieder des Zentralvorstandes der GNU offenbar die eingangs geschilderten Ermüdungs- und Zerfallerscheinungen überwunden, mit einem aktiven, erfahrenen Kern den notwendigen Optimismus wiedergewonnen hat. Nach inhaltsorientierter Debatte wurde mit der Wahl seines Präsidiums (Präsident: Dr. Henschel) die Kraft zu einem Neubeginn signalisiert. Wieweit sich Ornithologen-Gruppen in den verschiedenen Territorien diesem auf umfassenden Naturschutz und naturwissenschaftliche Regionalforschung orientierten Dachverband noch zugehörig fühlen, sei dahingestellt. Entscheidend sind auf allen Ebenen die Kontinuität der fachinternen und öffentlichen Arbeit und die Zielvorstellungen. So werden vorübergehende Unsicherheiten oder gar Zwistigkeiten über Partnerschaften und Zuordnungen am leichtesten „im Weitergehen“ minimiert. Das wünschen wir uns alle und allen im Interesse der Pflege und Förderung von Ornithologie und Vogelschutz.

W. Z.

Wie weiter mit der Amateurastronomie in der DDR?

Verband der Amateur-astronomen?

Die Oktoberrevolution 1989 hat alle gesellschaftlichen Strukturen unseres Landes, auch den Kulturbund, vor die Entscheidung gestellt, sich selbst neu zu definieren. Diese Feststellung war Mittelpunkt einer Beratung des Arbeitsausschusses der Zentralen Kommission Astronomie und Raumfahrt am 8. 12. 1989. Dem Arbeitsausschuß lag dazu ein Papier aus dem Arbeitskreis Sternbedeckungen vor. Es hat folgenden Wortlaut: „Wir, die Teilnehmer des V. Seminars des AK Sternbedeckungen, erwarten von der Zentralen Kommission Astronomie und Raumfahrt die Einleitung folgender Maßnahmen:

1. Schaffung eines eigenen Verbandes der Amateurastronomen innerhalb des Kulturbundes der DDR.
2. Schaffung demokratischer Formen, z. B. Wahlfunktionen in den Vertretungen der Amateurastronomie auf allen Ebenen.
3. Eine praxisorientierte, aktuelle Zeitschrift „Astronomie“; Trennung von den Interessenten der Raumfahrt, weil es nach unserer Meinung keine „Amateurraumfahrt“ gibt.
4. Ausbau internationaler Verbindungen zu anderen Amateurorganisationen, speziell zur VdS in der BRD.“ (Es folgen 23 Unterschriften.)

Der Arbeitsausschuß stimmt mit diesen Forderungen überein und wird sie als Antrag an den für März vorgesehenen Bundeskongreß des Kulturbundes richten. Er geht in Bezug auf den Status eines künftigen Verbandes der Amateurastronomen (ein Name für diesen Verband wird noch zu finden sein) darüber hinaus: Wenn das Vereinigungsgesetz der DDR beschlossen und in Kraft getreten ist, sollte geprüft werden, ob der Verband der Amateurastronomen innerhalb des Kulturbundes oder unabhängig von diesem wirken soll. Der Arbeitsausschuß schlägt vor, diese Fragen in den kommenden Monaten in den Fachgruppen und Arbeitskreisen zu diskutieren. Im Sommer 1990 wird eine Sondertagung aller Amateurastronomen der DDR (unabhängig von der Zugehörigkeit zum Kulturbund) stattfinden. Die Teilnehmer dieser Tagung sollen über die weitere Organisationsform entscheiden und für die dann zu schaffende Organisation einen Vorstand und ggf. einen Vorsitzenden wählen. Damit eingeleitete Vorhaben sinnvoll realisiert werden können, wird die Zentrale Kommission Astronomie und Raumfahrt ihre Arbeit bis dahin weiterführen. Sie betrachtet dies als eine notwendige Übergangslösung.

Arbeitsausschuß der Zentralen Kommission Astronomie und Raumfahrt
Dr. Klaus Lindner, Vorsitzender

Notwendiger Kommentar

In gleicher oder ähnlicher Weise haben sich auch Einzelamateure telefonisch wie schriftlich an die Redaktion gewandt. Wenn wir aus Platzgründen all diese Wortmeldungen unmöglich veröffentlichen können, so sei hier doch auf einige zu bedenkende Realitäten

hingewiesen, die die vorgebrachten Forderungen hinsichtlich der Zeitschrift betreffen.

- Wie aktuell kann eine Zweimonatsschrift sein? Die Druckerei benötigt vom Eingang des Satzmanuskriptes bis zur Auslieferung des fertigen Heftes an den Postzeitungsvertrieb reichlich drei Monate. Bis der Leser das Heft erhält, vergehen dann nochmals bis zu zwei Wochen (regional differenziert). Wie aktuell wären dann z. B. heute (Mitte Dezember 1989) bei der Redaktion eingehende „Demo-Diskussionsbeiträge“, die Anfang bis Mitte Mai 1990 im Heft 2/90 beim Leser sind? Sind sie dann nicht „Schnee vom vergangenen Jahr“? Also ist „aktuell“ für eine solche Zeitschrift doch so zu akzentuieren, daß mehr auf bevorstehende Ereignisse hingewiesen wird (ohne das zu wiederholen, was schon in jedem astronomischen Kalender steht). Aktuell bedeutet bei unserer Erscheinungsweise auch, daß wir über relativ abgeklärte Ergebnisse neuerer Forschungen informieren, während Fernsehen, Rundfunk und Tages- sowie Wochenzeitungen den jeweiligen „Hit des Tages“ (bzw. der Woche) servieren, der später durchaus noch zu korrigieren sein kann.

- Was verstehen wir bei einer populärwissenschaftlich und doch fachwissenschaftlich orientierten Zeitschrift für alle Bereiche der Astronomie unter „mehr Demokratie“ bei der Auswahl der Beiträge? Doch wohl nicht, daß künftig Heftseiten der Verbreitung der Astrologie oder der UFOlogie zur Verfügung stehen sollen. Wenn die DDR-Amateurastronomie auch weiterhin eine — von der überwiegenden Leserschaft des In- und Auslandes — ernstzunehmende Zeitschrift unterhalten, gestalten und vertreiben will, die der Unterstützung auch der Fachwissenschaft gewiß sein kann, dann sollte an der Seriosität festgehalten werden und es darf auf den Erfahrungen und Traditionen unserer „AuR“ unbedenklich aufgebaut werden. Auch darin hat AuR bereits Offenheit bekundet, daß sie Beiträge von Amateuren veröffentlichte, deren Inhalte noch nicht „in aller Munde“ und in allen Periodika zu finden waren, denen gegenüber sich noch Viele bedeckt hielten und noch halten. So offen soll AuR von Fall zu Fall auch künftig sein. Das ändert nichts an der Tatsache, daß die Redaktion (nach Anhörung von kompetenten Gutachtern) entscheidet, welcher Beitrag zur Veröffentlichung angenommen und welcher begründet abgewiesen wird.

- Alle Mitglieder der Redaktion vertreten ebenfalls die Forderung, die Trennung der beiden Interessensgebiete Astronomie einerseits und Raumfahrt andererseits umgehend vorzunehmen und dies auch in der Zeitschrift wirksam werden zu lassen. Aber ohne die mit raumfahrttechnischen Mitteln gewonnenen astronomischen Forschungsergebnisse kann keine Informationsquelle für ein breites astronomisch-interessiertes Publikum auskommen. Eine künftige Zeitschrift für Raumfahrt könnte sich weit besser als bei AuR der speziellen Technik zuwenden, die astronomisch ausgerichtete Zeitschrift würde den freiwerdenden Platz besser für Beobachtungsanleitungen nutzen können, so daß der seit Jahren hin- und herwogende Kampf um die paar Heftseiten auch in „AuR“ friedlich beilegbar wäre.

- Seit Arbeitsbeginn der jetzigen AuR-Redaktion hat sich die Auflagenhöhe und auch die Zahl der Abonnenten fast verdreifacht, die Zahl der ausländischen Bezieher ist konstant geblieben. Es ist also reiflich zu überlegen, ob für eine erfolgreiche Zeitschrift ein neuer Name zwingend notwendig ist. Denn: Eine Zeitschrift mit neuem Namen (und daher neuer Bestellprozedur etc.) müßte sich ihren Leserkreis erst gewinnen; AuR hat ihn.

- Hoffentlich meinen die Freunde, die nach einer „praxisorientierten“ Zeitschrift verlangen, daß der nach Trennung von bestimmten Raumfahrtinhalten freiwerdende Platz für Beobachtungsanleitung und Ergebnisergebnisgewinnung genutzt wird. Solche Bestrebungen wären ganz im Sinne der Redaktion. Zu warnen ist jedoch vor dem Versuch, die Inhalte der Hefte allzusehr zu spezialisieren, an denen — gemessen an der jetzigen Auflagenhöhe — nur kleine Leserkreise interessiert sind. Die Zeitschrift für alle an Astronomie Interessierten kann und darf die wichtigen Funktionen der arbeitskreisinternen und -eigenen Publikationsorgane nicht ersetzen, schon gar nicht übernehmen, soll die Gesamtauflage aller Publikationen nicht ernsthaft gefährdet werden. Vielmehr muß unser Ruf nach mehr Pluralität und Demokratie in den Belangen der Amateurastronomie lauten: Wir brauchen mehr spezielle Publikationsmöglichkeiten, hergestellt mit moderner Vervielfältigungstechnik, die eine jedermann zumutbare Druckqualität garantiert und genügend große Auflagenhöhen zuläßt, so daß sich beide Medienformen sinnvoll ergänzen. Vorausgesetzt — die Amateurastronomen unseres Landes betrachten diese eigenen Fachmedien auch für „würdig genug“, um in ihnen ihre Manuskripte veröffentlichen zu lassen! (AuR z. B. hätte in den letzten beiden Jahren durchaus mehr Manuskripte aus der Feder dieses oder jenes erfahrenen Amateurs vertragen.)

- Schließlich scheint es geraten, sich vor Selbstüberschätzung zu hüten und vordergründige Bewertungen zu unterlassen. Ebenso wie es „keine 'Amateurraumfahrt' gibt“, so gibt es natürlich auch nicht die „Amateurastronomie“. Aber die Astronomie und die Raumfahrt gibt es doch, die sowohl von Wissenschaftlern als auch von Amateuren betrieben, befördert ... werden kann, jeweils mit unterschiedlichen Zielstellungen, -richtungen und Arbeitsmethoden. Wie lange der heutige Amateurstatus in der Raumfahrt noch andauert — insbesondere bei uns —, wissen wir nicht. Um die Amateurastronomie in unserem Lande auf ein noch höheres Niveau zu bringen, bedarf es aber auch einer generell veränderten Situation im Instrumentenangebot u. zw. sowohl in der Vielfalt wie in akzeptablen Lieferzeiten. Das aber ist schon ein ganz neues Thema, dem sich „AuR“ im Jahrgang 1990 widmet. Für die Redaktion:
HEINZ ALBERT

Astronomie und Raumfahrt 01/90, S.2

Liebe Leserinnen und Leser von AuR !

Durch die neuen politischen Bedingungen in der DDR bewirkt, hat es bei den Zeitungen und Zeitschriften unseres Landes viele Veränderungen gegeben. An „Astronomie und Raumfahrt“ scheint die Wende vorbeigegangen zu sein, denn AuR erscheint - noch im gleichen Format, - mit der gleichen äußeren Gestaltung, - zum gleichen Preis und - mit der üblichen Verspätung. Tatsächlich hat es in der Redaktion in den vergangenen Wochen und Monaten aber sehr ernsthafte und zum Teil hitzige Diskussionen über die weitere Entwicklung von AuR gegeben. Das Fazit läßt sich folgendermaßen zusammenfassen: AuR wird auch weiterhin erscheinen. Diese Entscheidung hat natürlich Konsequenzen.

- AuR muß sich seinen Leserkreis erhalten und neue Leser gewinnen, auch im Wettbewerb mit anderen astronomischen Publikationen. Dazu will sich AuR noch mehr als bisher vor allem an den praktisch tätigen Amateur, vom Anfänger bis zum Erfahrenen, wenden; ihm Hinweise für seine praktische Arbeit geben, ihm aber auch neues astronomisches Wissen vermitteln.

- AuR muß pünktlich erscheinen und künftig weitaus aktueller sein. Das bisherige verspätete Erscheinen war durch technische und organisatorische Veränderungen aber auch durch Mängel bedingt. Dafür bitten wir um Verständnis und Entschuldigung. Es wurden mit einer Druckerei Abmachungen getroffen, die in Zukunft ein pünktliches Erscheinen garantieren.

- AuR muß sein äußeres Erscheinungsbild dem internationalen Niveau anpassen, denn es wird ja nicht mehr die Zeitschrift eines abgeschlossenen Territoriums sein. Auch darüber gibt es Absprachen mit dem zukünftigen Hersteller. Wir beabsichtigen, die Zeitschrift ab Heft 4/ 1990 in einem größeren Format, mehrfarbig gestaltet (noch einmal zum alten Preis) herauszugeben.

- AuR kann nicht mehr von finanziellen Zuschüssen leben. Dazu bietet AuR ab sofort die Möglichkeit für Werbung und Anzeigen, die der Zeitschrift Geld bringen, dem Leser aber Informationen. Alle Leser werden verstehen, daß damit allein die notwendigen finanziellen Mittel nicht erwirtschaftet werden können und deshalb auch eine Preisneubestimmung notwendig ist. Über den neuen Preis unserer Zeitschrift, einschließlich den Vorzugspreis für Abonnenten und für Jugendliche, werden wir Sie in einem unserer Folgehefte rechtzeitig informieren.

Wir möchten alle Leser schon heute auf diese notwendigen Veränderungen aufmerksam machen. Wir brauchen aber auch noch mehr als bisher Ihre Hinweise und Ihre aktive Mitarbeit an der inhaltlichen Gestaltung der Hefte.

In der Hoffnung auf eine weitere gute Zusammenarbeit verbleiben Ihr
Kulturbund e. V.

Prof. Dr. Sc. S. MARX

Herausgeber Chefredakteur

Astronomie und Raumfahrt 03/90, S.66

Wortmeldung des Präsidiums des Zentralvorstandes des Verbandes der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter vom 9. November 1989

Unser sozialistisches Vaterland ist im Aufbruch für die Erneuerung des Sozialismus. Hiervon sind die 1,5 Millionen Mitglieder unserer demokratischen Massenorganisation zutiefst berührt und bewegt. Der VKSK setzt sich dafür ein, daß diese Erneuerung in unserem Land erfolgreich ist und unumkehrbar gemacht wird. Das Präsidium des Zentralvorstandes wendet sich an alle Vorstände, mit den Verbandsmitgliedern offen über unsere Zukunft in diesem unserem sozialistischen Staat zu reden. Alle Mitglieder sind gefordert, im Für und Wider hierzu ihre Vorschläge einzubringen und Hand anzulegen. Wir sind Mitstreiter an der Seite all jener gesellschaftlichen Kräfte, die sich für einen lebendigen, attraktiven Sozialismus als Wille und Werk unseres ganzen Volkes einsetzen. Die Deutsche Demokratische Republik ist ein fruchtbarer Boden für die gärtnerische und züchterische Freizeitbetätigung von Millionen ihrer Bürger. Der VKSK hat in den dreißig Jahren seines Bestehens durch Leistungen für seine Mitglieder und für unser Gemeinwesen die Vorzüge des einheitlichen Verbandes für die Verwirklichung grundlegender und zugleich vielfältiger Freizeitinteressen der Mitglieder in den 12 Fachrichtungen und den 2 Sektionen bewiesen. Auf diese Weise tragen wir zur Verwirklichung des in der Verfassung der DDR verankerten Grundrechts auf Freizeit und Erholung bei. Verlauf und Ergebnisse unseres VI. Verbandstages entsprechen diesem Grundanliegen der Verbandsarbeit, seine Beschlüsse finden die Zustimmung der Verbandsmitglieder; in der Verwirklichung wurde bisher Beachtliches erreicht. Unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen Veränderungen in unserem Land stellt sich der VKSK neuen Anforderungen und Herausforderungen:

1. Als selbständige demokratische Massenorganisation setzen wir uns entschieden dafür ein, daß die Verbandsmitglieder allerorts das Grundrecht auf Mitbestimmung und Mitgestaltung des politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens auch tatsächlich wahrnehmen können. Wir sehen die Verantwortung des VKSK als Interessenvertreter seiner Mitglieder vor allem darin, dafür zu wirken, vielfältige Möglichkeiten einer sinnvollen und körperlich aktiven Erholung durch gärtnerische, züchterische und geistig-kulturelle Freizeitbetätigung zu schaffen, diese entsprechend den Wünschen der Bürger zu erweitern und dafür zu sorgen, daß die Mitglieder alles erhalten, was sie in Gärten, Kleintierzucht und Imkerei benötigen.
2. Wir wirken dafür, daß sich unsere Mitglieder in den Gärten gut erholen und unsere Gärten und Anlagen schön, erholsam und produktiv sind. Der VKSK setzt sich im Interesse der Befriedigung der Bedürfnisse vieler Arbeiter- und kinderreicher Familien nach Erholung und Freizeit in Kleingärten auch weiterhin dafür ein, daß die bis 1990 einzurichtenden neuen Kleingärten in jedem Bezirk und in jedem Kreis Wirklichkeit werden. Im Interesse dieses bedeutenden sozialpolitischen Anliegens ist enge Gemeinschaftsarbeit zwischen den örtlichen Volksvertretungen, den VE Kombinat, Betrieben und Genossenschaften und der

Gesellschaft für Natur und Umwelt erforderlich. Der VKSK setzt alles daran, daß alle mit Hauptnutzungsvertrag übernommenen Flächen in kürzester Zeit kleingärtnerisch genutzt werden. Wir beantragen, daß im neuen Gesetzgebungsplan durch den Ministerrat der DDR ein „Gesetz über die Förderung des Kleingartenwesens in der DDR“ vorgesehen wird. Damit sollen die Kleingärten und Kleingartenanlagen als wichtige soziale Errungenschaften unserer Gesellschaft fixiert und die Erfordernisse ihrer weiteren Entwicklung geregelt werden. Die Einrichtung der vielen neuen Kleingärten wird jedoch durch lange Wartezeiten bei Gartenlauben, Bungalows und die unzureichende Bereitstellung von Baumaterialien behindert. Durch den Minister für Bauwesen müssen Maßnahmen getroffen werden, um das Aufkommen an diesen Erzeugnissen durchgreifend zu erhöhen. Wir schlagen vor, für diese Vorhaben zweckgebundene Fonds bereitzustellen. Gleichermäßen ist zu klären, wie die Bereitstellung von Baumaterialien für die Instandsetzung und Modernisierung der älteren Eigenheime in den Siedlungen zu gewährleisten ist.

3. Unser Verband hat sich der Kleintierzucht und -haltung verschrieben. Sie ist ein traditionsreiches, interessantes und nützliches Hobby. Der VKSK spricht die Erwartung aus, daß durch den Minister für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft Maßnahmen getroffen werden, die gewährleisten, daß die für ihre Förderung bilanzierten Futtermittel in guter Qualität und in den erforderlichen Sortimenten bereitgestellt werden. Auch sollten Entscheidungen für den freien Verkauf von Futtermitteln vorbereitet werden, um den Abkauf von hochwertigen subventionierten Nahrungsmitteln für Futterzwecke baldmöglichst zu unterbinden. Erforderlich ist deshalb auch die schnelle Erweiterung des Sortiments von Fertigfutter für Hunde und Katzen, wobei vorhandene Rezepturen genutzt werden sollten. Vom Ministerrat der DDR sollten im Zusammenhang mit der vorgesehenen Wirtschaftsreform Betriebe festgelegt werden, die attraktive Kleinmaterialien für Haus, Hof und Garten, insbesondere Tierkennzeichen, entsprechend dem Bedarf produzieren. Verständlich ist der Unmut und die Kritik der Imker, daß die Maßnahmen im „Bienenwirtschaftsprogramm der DDR“ für die Bereitstellung von Erzeugnissen des Imkereibedarfs, besonders von Bienenbeuten, nicht verwirklicht werden. Der VKSK muß im Interesse der Freizeitimker auf schnelle und durchgreifende Veränderung in dieser Sache bestehen.

4. Unser Verband baut auf langjährige demokratische und kulturelle Traditionen. Wir wollen weiterhin ein interessantes Spartenleben fördern, wo Erholung gegeben ist, Geselligkeit und Frohsinn zu ihrem Recht kommen und Fachwissen vermittelt wird. Besonders die Mitgliederversammlungen der 23 Sparten und Grundorganisationen sind wirkliche Foren der innerverbandlichen Demokratie, die wir ganz bewußt für Meinungsbildung und Mitbestimmung weiter ausgestalten müssen. Diesem Anspruch unterliegen auch alle Vorstände, die Kommissionen, die Zuchtausschüsse und Spezialzuchtgemeinschaften. Daran, wie die Vorstände berechnete Anliegen und Forderungen der Mitglieder beachten und verwirklichen, messen sie auch im VKSK die Ehrlichkeit

und Ernsthaftigkeit der eingeleiteten Wende und auch die Wirksamkeit aller Vorstände vom Zentralvorstand bis zur Sparte als ihre gewählten Interessenvertretungen. Diesem Anliegen entspricht die breite demokratische Erörterung des veröffentlichten Entwurfs der „Kleingärtenordnung des VKSK“. Die Ergebnisse der Diskussion und die Vorschläge sind gründlich im ZV auszuwerten. Die Meinungen, insbesondere zur „Verordnung für Bevölkerungsbauwerke“, werden wir dem Ministerrat zuleiten. Unsere ganze Aufmerksamkeit verdienen unsere 400.000 gewählten und berufenen ehrenamtlichen Funktionäre, die mit großem Engagement für das Wohl der Mitglieder, für soziales Denken und Handeln im Verband wirken. Das Präsidium hat erneut eine kritische Überprüfung veranlaßt, um die Arbeit der ehrenamtlichen Vorstände von allen formalen Anforderungen zu befreien, besonders bei der Erfassung und Abrechnung der Wettbewerbsergebnisse. In Übereinstimmung mit den Wünschen vieler Mitglieder und weiterer Interessenten nach Information über das Verbandsleben und fachlichem Rat wird die Erweiterung der Auflagenhöhe der Zeitung „Garten und Kleintierzucht“ um 100 000 Exemplare beantragt. Das Präsidium hält es für unerläßlich, in Durchführung der Beschlüsse des VI. Verbandstages die Initiativen des VKSK zur Erhaltung und zum Schutz von Natur und Umwelt spürbar zu verstärken. Es gilt, das Umweltbewußtsein der Mitglieder stärker zu fördern und Anforderungen der Landschaftsgestaltung bei der Errichtung und Gestaltung von Kleingartenanlagen größere Aufmerksamkeit zu widmen. Die Pflege und Reinhaltung Gewässern und Uferzonen, das Erhalten von Naturschönheiten und Biotopen sowie der Schutz der heimischen Fauna und Flora sind landeskulturelle Schwerpunktaufgaben des VKSK. Das Präsidium des VKSK erklärt seine Bereitschaft, im Ausschuß der Volkskammer für Natur und Umwelt mitzuarbeiten, sobald dessen Bildung beschlossen ist. Beim Zentralvorstand sowie bei den Bezirks- und Kreisvorständen wird die Bildung von Kommissionen für Natur und Umwelt ins Auge gefaßt.

6. Die individuelle Erzeugung von Gemüse, Obst, Weißfleisch, Eiern, Bienenhonig und tierischen Rohstoffen bleibt ein unverzichtbarer Beitrag der Mitglieder des VKSK zur Sicherung der Versorgung der Bevölkerung mit hochwertigen Nahrungsgütern und der Industrie mit Rohstoffen. Dabei steht die Erzeugung für den Eigenbedarf der Familien und für die Versorgung in den Städten und Gemeinden im Vordergrund. Gefördert wird besonders die Erzeugung von Qualitätsprodukten in einem breiten abwechslungsreichen Sortiment, um den Anforderungen für die gesunde Ernährung des Volkes immer besser zu entsprechen. Der VKSK fordert nachdrücklich im Rahmen der Wirtschaftsreform die Modernisierung und Erweiterung der Kapazitäten in der Schlacht- und Verarbeitungsindustrie sowie in der Kühl- und Lagerwirtschaft, damit die erzeugten Produkte in bester Qualität angeboten und vor Qualitätsminderung bzw. Verderb bewahrt werden. Der VKSK wendet sich an den Ministerrat mit der Bitte, Regelungen zu treffen, wie die Organisation an den ökonomischen Leistungen ihrer Mitglieder für die Volkswirtschaft der DDR finanziell beteiligt werden kann, damit die

finanziellen und materiellen Grundlagen ihrer Tätigkeit künftig gewährleistet werden. Das Präsidium wird seinerseits hierzu Vorschläge unterbreiten.

7. Das demokratische Recht des VKSK auf Mitbestimmung und Mitgestaltung in Staat und Gesellschaft muß künftig erweitert werden. Wir befürworten die volle Wiederherstellung der Rolle der Volkskammer als oberstes Machtorgan unseres Volkes und die Vorschläge für die Qualifizierung ihrer Arbeit genauso, wie die Gewährleistung der uneingeschränkten Rechte und Pflichten der örtlichen Volksvertretungen. Der VKSK erklärt seinen Willen, im Interesse seiner Mitglieder an demokratischen Entscheidungen in der Volkskammer, insbesondere bei der Vorbereitung von Gesetzen mit Kompetenz und Sachverstand mitzuwirken und auch seinen eigenen Beitrag für das Bürgerwohl durch engagierte Mitarbeit seiner Mitglieder in den örtlichen Volksvertretungen zu erhöhen. Entsprechend der gewachsenen gesellschaftlichen Rolle des VKSK in unserem sozialistischen Staatswesen fordern wir bei künftigen Wahlen eigene Mandate. Entsprechende Regelungen sollten in einem neuen Wahlgesetz der DDR berücksichtigt werden. Zur Gewährleistung einer sachkundigen Mitarbeit des VKSK bei der Vorbereitung von Gesetzen und Verordnungen sowie von Beschlüssen der örtlichen Volksvertretungen, der Beachtung des geltenden Rechts in Ordnungen und Richtlinien des VKSK sowie zur Erhöhung des Rechtsschutzes der Vorstände und Mitglieder werden beim Zentralvorstand, sowie bei den Bezirks- und Kreisvorständen Rechtskommissionen berufen. 1990 wird eine Siedlerkonferenz des VKSK durchgeführt. Sie wird über die Aufgaben des VKSK bei der Gestaltung guter Arbeits- und Lebensbedingungen der Bürger in den Siedlergebieten und bei der Gestaltung einer bürgernahen Kommunalpolitik beraten. Das Präsidium fordert auf, Vorschläge hierzu an den Zentralvorstand zu richten.

8. In Übereinstimmung mit berechtigten Interessen von Verbandsmitgliedern der verschiedensten Fachrichtungen, die an internationalen Leistungsvergleichen und Ausstellungen teilnehmen und so zum Ansehen der DDR beitragen möchten, wird der VKSK die Mitgliedschaft in Internationalen Organisationen und Vereinigungen anstreben und Kontakte zu gleichgearteten Organisationen in allen Ländern Europas aufnehmen. Wir melden uns zu Wort im Wissen, daß sich in unserem sozialistischen Vaterland tiefgreifende Veränderungen vollziehen, die täglich neue Fragen aufwerfen. Es geht uns um die Erneuerung des gesellschaftlichen Lebens mit dem Ziel, den Sozialismus für jeden Bürger unseres Landes lebenswerter zu gestalten. Wir Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter, Menschen aller Klassen und sozialen Schichten, verschiedener Parteizugehörigkeit und unterschiedlicher Weltanschauung wollen in staatsbürgerlicher Verantwortung um den Konsens darüber streiten, wie wir in unserer schönen, erholsamen und nützlichen Freizeittätigkeit durch die Tat dazu beitragen, das in Jahren harter Arbeit Erreichte zu erhalten und Neues in Angriff zu nehmen. Das Präsidium spricht sich dafür aus, die 7. Tagung des Zentralvorstandes einzuberufen, um über die Verantwortung und

über die Aufgaben des VKSK in der sozialistischen Gesellschaft heute zu beraten.

Wende aus Gärtnersicht

Als treuer Leser Eurer Zeitung vermisse ich die Farben des Herbstes 89, die selbst die Blätter der Medien bunt färben. Jetzt, WO alle von der Wende reden. Wende — so ein leichtes Wort und doch so schwer zu verstehen. Damit ist bestimmt nicht die Abkehr oder das Gegenteil von Sozialismus gemeint. Oder ist es die Drehung der SED, die jetzt ihren Rücken vom Volk abwendet und somit wieder ihr Gesicht zeigt? Soll es der Wandel einer freien Berichterstattung sein? Auf jeden Fall kann die Wende ein Anfang für ein besseres Zusammenleben sein. Die Antwort auf all die Fragen fällt leichter, folgt man einem Analogieschluß aus dem kleingärtnerischen Gebiet. Die Wende kann nur eine Umkehr von oben nach unten, ähnlich dem Umgraben im Herbst, sein. Welche Blumen, madige Früchte, alte Kohlköpfe gelangen beim Umbruch in tiefere Schichten, geben dort ihre Kraft ab, um im nächsten Jahr mineralisiert das Wachstum wieder zu fördern. Kein Kleingärtner wird nun behaupten, er grübe gleich den gesamten Garten um, und die Bäume stünden dann mit den Wurzeln nach oben. Wertvolle Gehölze, Sträucher und Stauden bleiben selbst bei dieser Prozedur erhalten und bilden einen festen Bestand. Es kann schon einmal vorkommen, daß man sich von stark überalterten Bäumen, welche früher die besten Früchte trugen, trennen muß. Jeder, der weiß, daß Monokultur schädlich ist und zu Ertragsverlusten führt, wendet eine gesunde Fruchtfolge an. Keiner wird leugnen, daß der Unkrautwuchs ein ständiger Begleiter unserer gärtnerischen Bemühungen ist. Nur der ist ein schlechter Gärtner, der erst bei der nächsten Wende alle versäumten Arbeiten nachholen will. So gesehen ist die Wende keine einmalige Sache. Sie gehört zu den ständigen Aufgaben eines klugen Gärtners.
Hans-Dieter Ploch Gröbitz, Kreis Weißenfels

Leistungskarten erforderlich?

Ich halte es für erforderlich, daß auch wir uns als Mitglieder des VKSK am Prozeß des Um- und -Neudenkens beteiligen. So haben sich im Laufe der Jahre eine Reihe von formellen Dingen eingeschlichen, die einerseits einen beträchtlichen Aufwand bedeuten, andererseits mit keinem Nutzen für die Gesellschaft im Einklang stehen. Um es konkret anzusprechen, ich meine damit die Fragen des Wettbewerbes und damit im Zusammenhang stehend die jährlich auszufüllenden Leistungskarten. Ich setze bei jedem Gartenfreund voraus, daß er bestrebt ist, so viel als möglich Gartenerträge zu erzielen; aber es steht ebenso fest, daß der Ertrag vom Boden, von der Witterung u. ä. Faktoren abhängig ist. Um es im Klartext zu sagen, ich kenne aus meinem Bekanntenkreis keinen Gartenfreund, der die Gartenerträge wiegt, statistisch erfaßt und

für die Leistungskartenabrechnung aufbereitet, sondern es wird nur formal geschätzt.
Jürgen Schmidt, Dresden

Garten und Kleintierzucht, 22/89, S.2, 3

Vielschichtiges Mitwirken an demokratischer
Versuch einer Zwischenbilanz

Von Dr. Horst Laschinski, Vorsitzender des Zentralvorstandes des VKSK

Eingebettet in den vom Volk der DDR eingeleiteten, alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens umfassenden Umgestaltungsprozeß vollziehen sich auch in unserem Verband - getragen von der Mitverantwortung für unser Land - weitreichende Veränderungen, vor allem hinsichtlich der demokratischen Erneuerung des Verbandslebens im VKSK. Alle Mitglieder unseres Verbandes sind aufgerufen, sich an diesem Prozeß mit ihren Kenntnissen und Erfahrungen zu beteiligen. Und sie tun es in einer Weise, in einer Intensität, in einer Konstruktivität, daß einem nicht bange zu sein braucht um unseren Verband. Es ist schon mehr als „nur“ ein Anfang gemacht, aber vieles bleibt noch zu tun. Das trifft nicht nur für die vom Zentralvorstand berufenen zeitweiligen Arbeitsgruppen zur Neufassung des Statuts, der Wahlordnung, der Konfliktordnung, der Finanzrichtlinien (um nur einige zu nennen) zu, in denen hauptamtliche und ehrenamtliche Funktionäre und interessierte Verbandsmitglieder mitarbeiten. Das betrifft vor allem auch die aufopferungsvolle tägliche „Kleinarbeit“ vieler ehrenamtlicher Funktionäre in den Sparten unseres Verbandes sowie in den GO's der dem VKSK korporativ angeschlossenen Sektionen zur Aufrechterhaltung des „normalen“ Lebens in unserem Verband. Das gleiche trifft auch auf die Ebene der Bezirke und Kreise zu, betrifft alle Fach- und Zuchtrichterkommissionen des Zentralvorstandes einschließlich der sich in einzelnen Fachrichtungen herausgebildeten Initiativgruppen. Das Leben im Verband pulsiert: Reformierung des Verbandslebens und Stabilisierung der Verbandsarbeit stehen nicht nebeneinander, sondern bilden eine Einheit. In diesem für uns alle neuartigen Lernprozeß, eines tatsächlich demokratischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozesses, kommt es naturgemäß auch zu Kontroversen; nicht so

sehr im Inhalt - die meisten Zuschriften unterstützen die Wortmeldung des Präsidiums des Zentralvorstandes vom 9. 11. 1989 und den Standpunkt des Präsidiums vom 26. 11.1989, der übrigens von der 6. Tagung des Zentralvorstandes einstimmig als für alle Vorstände anregende Arbeitsgrundlage bestätigt wurde — aber im zeitlichen Schrittmaß. Viel zu langsam sagen die einen, keine Hektik sagen die anderen. Wer bringt diese vielen klugen Meinungen unter einen Hut? Wahrlich keine leichte Arbeit vor allem für die Arbeitsgruppe, die ein neues Statut auszuarbeiten hat. Bis Ende Januar 1990 soll der Entwurf stehen, der dann in einer ersten Lesung bereits im Februar (nicht wie geplant im März) im Präsidium und im Zentralvorstand behandelt wird. Von März bis Juni 1990 soll dann öffentlich darüber diskutiert werden, um dann, ergänzt und präzisiert entsprechend der Hinweise, auf einem außerordentlichen Verbandstag Ende 1990 oder Anfang 1991 zum Beschluß erhoben zu werden.

Heißt das nun, daß wir bis dahin einen gesetzlosen Zustand haben, weil in unserem Statut Ziele und Aufgaben formuliert sind, die heute nicht

mehr zeitgemäß sind bzw., die sich nicht bewährt haben? Nein! Nein deshalb, weil wir - getragen von der Mehrheit der Verbandsmitglieder - uns zu einer „selbständigen, unabhängigen und demokratischen Massenorganisation“ entwickeln wollen. Dies ist nicht nur Beschluß vom 26. 11. 1989, sondern wird bereits praktiziert. Damit sind solche Worthülsen wie führende Rolle der SED, Beitrag zur allseitigen Entwicklung sozialistischer Persönlichkeit, Prinzip des demokratischen Zentralismus - um nur einige zu nennen - ersatzlos aus dem Statut zu streichen. Mit dieser „Übergangslösung“ kann man bis zum Verbandstag leben. Muß man meines Erachtens, weil - so ist das zumindest juristisch fixiert, eine sofortige Außerkraftsetzung des Statuts faktisch die Selbstauflösung unseres Verbandes bedeuten würde. Und das will keiner unserer Mitglieder. Deshalb also mein Plädoyer: Gut Ding muß Weile haben.

Garten und Kleintierzucht 01/90 S.2

Für die wirksamste Interessenvertretung Beiträge zur Diskussion „Wie weiter mit der DDR-Imkerei“

Obwohl die Redaktion der Veröffentlichung von Standpunkten, Kritiken und Vorschlägen zur künftigen Interessenvertretung der Imker weit mehr als nur eine Seite einräumte, war es bislang nicht möglich, sämtliche Zuschriften dazu zu publizieren. Wir setzen daher heute die Diskussion mit dem Abdruck weiterer Wortmeldungen fort, wenngleich sie schon vor einiger Zeit die Redaktion erreichten. Aus Platzgründen und zugunsten der Meinungsvielfalt ist es nicht möglich, jede Einsendung im vollen Umfang wiederzugeben.

Zur Neuorganisation der Bienenwirtschaft in der DDR

Die Frage der Vereinigungsfreiheit und der Bildung von Interessenverbänden ist jetzt genau so auf die Tagesordnung gesetzt, wie andere gesellschaftliche Probleme, die in der Vergangenheit entstellt und unterdrückt wurden. Die Kommission Bienenwirtschaft des Kreisvorstandes Wittenberg des VKSK hat darüber in ihrer letzten Beratung Gespräche geführt, in deren Ergebnis die anwesenden Spartenvorsitzenden den Auftrag erteilten, die nachstehende Verlautbarung zu fixieren und zu veröffentlichen (Redaktionell leicht gekürzt):

Umgestaltung bzw. Zurückführung des Vereins- und Verbandslebens auf pluralistische Basis

Bildung eines „Verbandes der Bienenwirtschaft e. V.

Mit der „Verordnung über das Kleingarten- und Siedlungswesen und die Kleintierzucht vom 3. Dez. 1959“, GB1 I Nr 1/1960, wurden von der SED die Voraussetzungen geschaffen, auf das Vereins- und Verbandsleben obiger Interessengemeinschaften, durch Einschleusung von Partei-Funktionären, den von ihr gewollten Einfluß zu nehmen. Auch wir Imker wurden, ohne uns zu fragen, bekanntlich im Jahr 1959 dem VKSK angegliedert. Diese Angliederung wurde ohne Rücksicht auf Nützlichkeit bzw. Zweckmäßigkeit vorgenommen. Die 6 Spartenvorsitzenden schätzten ein, daß sich die große Mehrzahl der Imker seit dem Zeitpunkt der Zwangseingliederung in den VKSK als „5. Rad am Wagen“ fühlen. Jede Teilnahme an einer Kreis- oder Bezirks- oder Zentralvorstandssitzung bedeutet Zeitverschwendung, denn in derartigen Sitzungen werden verständlicherweise fast nur Kleingartenangelegenheiten behandelt. Ursache vieler Misereen in der Bienenwirtschaft ist die Tatsache, daß es in der DDR keine eigenständige Organisation für die Bienenwirtschaft gibt, die die Interessen der Freizeit-, Berufsimker wie auch der VE-Betriebe vertritt. Zweckmäßigkeit und Nützlichkeit, Effektivität einer eigenständigen Imkerorganisation war Nebensache. So konnte es geschehen, daß die ca. 450 000 Bienenvölker der Privatimker nicht in der Internationalen Bienenzüchtervereinigung APIMONDIA vertreten sind, wohl aber das VE Kombinat Saatzucht Quedlinburg mit dessen ca. 20 000 Bienenvölkern. Und z. B. anlässlich

des Internationalen Bienenzüchter-Kongresses in Budapest die Imker durch einen VKSK-Sekretär (SED u. Nichtfachmann) vertreten waren. Die vielen anderen Misere, materiell-techn. Versorgung u. a. mehr brauchen hier nicht erwähnt zu werden. Die in der Vergangenheit gefaßten Ministerratsbeschlüsse zur Förderung der Bienenwirtschaft in der DDR sind grundsätzlich positiv zu bewerten. Jedoch hätten sie sich in der Praxis viel schneller und effektiver durch eine eigenständige Imkerorganisation umsetzen lassen, so ist z. B. der Ministerratsbeschuß vom 9. 5. 1985 den Sparten erst jetzt bekannt geworden. Die Imker der 6 Imkersparten, vertreten durch die 6 Spartenvorsitzenden, sind auf der Grundlage des Beschlusses der Mitgliederversammlungen gewillt, aus dem VKSK auszutreten und auf Kreisebene die vorhandene „Kommission für Bienenwirtschaft“ als ihre Interessenvertretung zu betrachten. Da die Sparten juristisch selbständige Personen darstellen, sollen in den nächsten Mitgliederversammlungen die entsprechenden Protokolle erstellt und dem Kreispolizeiamt, Abt. Vereinswesen zur Registrierung zugestellt werden. Der Bezirks- und Zentralverband könnte in Anlehnung an das bereits seit 1954 bestandene und neu zu beschließende Statut eines einheitlichen bienen-wirtschaftlichen Verbandes unter Einschluß aller Eigentumsformen tätig werden. Wir beantragen daher, sofern erforderlich, Änderung der „Verordnung über das Kleingarten- und Siedlungswesen u. die Kleintierzucht vom 3. Dez. 1959“ GB1 I Nr. 1/1960 S. 1. Die Spartenvorsitzenden: Hans-Joachim Tietz, Trebitz Johannes Stier, Pretzsch/Elbe wurden beauftragt, entsprechende Schritte in die Wege zu leiten.
Federführend: Johannes Stier, Pretzsch/Elbe, Parkweg 01, Ruf: 2 42
Am 4. 12. 1989 dem Ministerium für LFN übersandt.

Vorstellungen zum Imkerverband

In einer der Redaktion vorliegenden schriftlichen Information aus Pretzsch sind Schritte zur Bildung eines Imkerverbandes skizziert. Unter Punkt 2 heißt es: „Die Sparten des Kreisgebietes bilden zu ihrer Vertretung auf Kreisebene die Kreisvereinigung bzw. den Kreisverband, indem die Vereine (früher Sparten) durch ihre Vorsitzenden diese kreislichen Vereinigungen bilden (bisher Kommission für Bienenwirtschaft). Von unten nach oben! Zum Beispiel haben wir für unser Kreisgebiet hierzu 19 Mitglieder gewählt, und zwar: die 6 Vereins(Sparten)vorsitzenden, dazu deren 6 Vertreter, dazu weitere 7 Vertreter aus den Vereinsvorständen. Aus diesen 19 Mitgliedern haben wir ausgewählt: den Zuchtobmann, den Wanderobmann, den Bienenweideobmann, den Bienenschutzbeauftragten und in Zusammenarbeit mit dem Kreistierarzt den Kreis-BBS. Auch den Leiter und Schriftführer dieser Kreisvereinigung sowie die Stellvertreter. Ähnlich könnte dann der Aufbau der Bezirksvereinigung bzw. Verbandes erfolgen, indem aus den Kreisvereinigungen ein oder zwei Vertreter für dieselbe auserwählt werden. Und natürlich auch für die Vertretung auf zentraler Ebene. Von unten nach oben! Alle Absprachen und Festlegungen müßten einstimmig erfolgen, da den Ortsvereinen, als

juristische Personen, kein Zwang auferlegt werden kann. Es sei denn, die Ortsvereine erteilen Vollmachten für spezielle Probleme. In weiteren Punkten wird erklärt, daß sich zum Bienengesundheitsdienst, zur Schadensregulierung, zum Bienenzuckerbezug und bei der Versicherung an den bisherigen Verfahrensweisen nichts zu ändern brauche.

Die Pretzscher

Am 18. Dezember 1989 faßte die Mitgliederversammlung folgenden Beschluß:

1. Die Sparte Imker Pretzsch im VKSK nimmt ab sofort den alten Vereinsnamen: „Bienenzüchter-Verein Pretzsch u. U. von 1904“ an. Die Namensänderung ist dem Vereinsregister beim Kreispolizeiamt Wittenberg zwecks Registrierung zu melden ... Die Antragstellung ist durch den Vorsitzenden vorzunehmen.
2. Der „Bienenzüchter-Verein Pretzsch u. U. von 1904“, ehemalige Sparte Imker im VKSK, fordert, daß die Kommissionsmitglieder für Bienenwirtschaft aus dem Verband des VKSK ausgegliedert werden und einen selbständigen, unabhängigen Verband der Bienenwirtschaft bilden und zwar als Dachorganisation der örtlichen Imkervereine. Wird dieser Verband nicht gebildet, tritt der „Bienenzüchter-Verein Pretzsch u. U. von 1904“ eigenständig aus dem VKSK aus. Mit Wirkung vom 1. Januar 1990 werden an den VKSK keinerlei Zahlungen mehr geleistet.
3. Der „Bienenzüchter-Verein Pretzsch u. U. von 1904“ erhebt Anspruch an einem Anteil am materiellen und finanziellen Vermögen des VKSK und erklärt, diesen Anteil dem neuen „Verband der Bienenwirtschaft der DDR e. V.“ zu übertragen.
4. Die Zeitung „Garten- und Kleintierzucht“, Ausgabe C, ist in eine spezielle Bienenzeitschrift umzuwandeln, ähnlich der früher weltweit anerkannten „Leipziger Bienenzeitung“.
5. Wird eine selbständige Bienenzeitschrift nicht herausgegeben, kündigen unsere Vereinsmitglieder das Abonnement GuK, Ausgabe C. Die Sparte Pretzsch fordert alle auf ihrem Beispiel zu folgen.

»Neue Bienenzeitschrift in Sicht?«

Zu Vorschlägen, Forderungen, Möglichkeiten und Absichten, die GuK-C durch eine Imkerzeitschrift zu ersetzen

Von Günther Kunath, Lothar Müll und Xandia Stampe

Unmißverständlich artikulierten viele Imker, ja ganze Sparten, ihren Unmut über die GuK, Ausgabe C. Vorschläge und Forderungen dazu veröffentlichten wir. Ganze Seiten, die nichts mit der Imkerei zu tun hatten, erregten zurecht die Gemüter. Ärger und Zorn gab es über Allgemeinplätze, Wettbewerbsspektakel und wiederholt parteipolitisch gefärbte Erklärungen, and Unverständnis zu branchenfremden Inseraten. In diesem Zusammenhang ein notwendiges Wort zur Bemerkung, die

GuK-C müsse von einem Fachmann geleitet werden. Das stimmt. Es sollte ein „journalistischer“ Imker sein. Gepp aber ist nicht nur ein »Kaninchenfachmann“. Er diplomierte 1962 bei Frau Prof. Dr. Meyerhoff in Hohen Neuendorf, war 1962 bis 1965 in der Thälermühle wissenschaftlich tätig, zwischen 1965 und 1978 erst Mitglied, dann auch Vorsitzender der Imkersparte Berlin-Köpenick, bis er wegen starker Allergie das Imkern aufgeben mußte. Einen gewissen Fachverstand sollte man ihm also nicht absprechen. Leser der GuK fordern eine in der Tradition der Leipziger Bienenzeitung stehende Fachzeitschrift. Wie stehen wir Redakteure dazu? Was können wir schnell verändern and was braucht Zeit? Um es vorweg zu nehmen: Wir wollen die Tradition der vereinigten Leipziger und Deutschen Imkerzeitung fortführen und wieder eine Zeitschrift monatlich oder auch 14tägig herausbringen, die vor allem wissenschaftliche Erkenntnisse und Erfahrungen der Praxis aus dem In- und Ausland vermittelt, den Meinungsstreit dazu pflegt, aber auch Raum für Gedankengut der Imker zur Interessenvertretung und für Nachrichten and Mitteilungen aus den Sparten bzw. Vereinen und den Vorständen hat. Darüberhinaus aber muß sie frei von Politik sein. Das findet auch die Unterstützung durch den Herausgeber VKSK. Erste Sondierungen für den Druck einer Zeitschrift finden statt, und damit sind wir schon bei Grenzen angelangt. Noch ist Druckpapier kontingentiert. Tiefdruckpapier ist nicht für Offsetdruck verwendbar und umgekehrt. Die Druckmaschinenkapazität ist begrenzt. Neue Gruppen und Parteien fordern nachdrücklich eigene Zeitungen und Zeitschriften, wir werden also intensiv weiter verhandeln. In diesem Zusammenhang dürfen wir aber eines auch nicht verschweigen- Die GuK wurde seit einigen Jahren durch den Herausgeber VKSK mit etwa 270 000 Mark und mehr Subventionszuschuß aus dem Staatshaushalt gestützt. Ohne die Veröffentlichung auch von artfremden Wirtschaftsinserten wäre der Betrag noch höher ausgefallen. Diese Subvention ist die Summe für 574 000 GuK-A, 108 000 GuK-B, 51 000 GuK-D und 34 000 CruK-C. Bedenkt man, daß Kosten für Satzherstellung, Fotoreproduktion und Druckzylinderbearbeitung sich auf die jeweilige Druckauflage umschlagen, so ist einzusehen, kleinere Auflagen sind je Exemplar teurer als hohe. Daraus ergeben sich für eine künftige eigenständige Imkerzeitschrift unvergleichlich höhere Kosten und ein entsprechender Preis. Subventionen werden eines Tages gestrichen sein. Aber - so ist es in Ländern mit Marktwirtschaft üblich - Inserate können zur Kostenminderung merklich beitragen, auch branchenfremde, wenn keine anderen verfügbar sind. Zum Wechsel von der GuK-Ausgabe für Imker zu einer Imkerzeitschrift gehört aber weitaus mehr als nur anderer Druck, verändertes Format. Der Inhalt soll neue Qualität haben. Diese Wandlung ist schon jetzt zu beginnen. Einiges muß die Redaktion bewirken, zum anderen brauchen wir auch und vor allem Ihre Mitarbeit. Zunächst beschränkten wir die Anzahl der durch alle vier Ausgaben laufenden allgemeinen Seiten von drei und mehr auf in der Regel ein bis zwei. Der frei werdende Platz wurde zum Podium der Debatte zur Erneuerung und steht allen, auch neuen Vereinigungen offen. Das wollen wir solange beibehalten, wie es unsere Leser wünschen. Frei von jeglichen Tabus,

selbstaufgelegten Beschränkungen oder Eingriffen von außen, streben wir schnell nach Ausweitung und Qualifizierung der Fachthematik. Dazu sind Beiträge aus der Feder von Wissenschaftlern ebenso gefragt wie von erfahrenen Praktikern. Alle, die sich dazu berufen fühlen, sollten dabeisein. Wir bitten um Ihre Mitarbeit. Um den Horizont zu erweitern, nahmen wir zunächst Kontakt mit Redaktionen in der BRD auf. Der Nachdruck von Publikationen aus diesen Zeitschriften wird möglich sein. Mit Redaktionen ausländischer Imkerzeitschriften werden wir ebensolche Verbindungen suchen. Auch hier können sprachkundige Imker helfen, indem sie die sachgerechte Übersetzung besorgen. Bislang suchten wir die Beratung vor allem durch die Kommission für Bienenwirtschaft des Zentralvorstandes und deren Fachausschüsse. Wir meinen, es sei künftig besser, einen Redaktionsbeirat zu gründen. Das sollte aber nicht allein der Redaktion überlassen bleiben. Müßte das nicht ein gewähltes Gremium des zukünftigen Imkerverbandes sein? Dies und all unsere Vorstellungen stehen zur Diskussion; denn wir werden alle neuen Möglichkeiten nutzen, Wünsche unserer Leser zu erfüllen.

Garten und Kleintierzucht 03/90, S.4, 5

Erneuerung auch in der Rassehundzucht? Analyse – Gedanken – Schlussfolgerungen

Von VR Prof. Dr. sc. S. Schlaaff, Obmann der Kommission des ZV des VKSK für RHZ

Geht die Erneuerung des Sozialismus in der DDR, geht die Wende in unserem Land, die seit den ersten Oktoberwochen dieses Jahres eingeleitet wurde, spurlos an der Rassehundzucht (RHZ) im VKSK vorüber? Nein, und die ersten Meinungen erhielten wir dazu nicht erst auf der gemeinsamen Beratung der Kommission des ZV für RHZ, die am 10. 11. 89 in Berlin mit den Obleuten der Zuchtausschüsse, den Obleuten der Kommissionen der BV für RHZ und den Bezirkszuchtwarten stattfand. In der sehr angeregten und offenen Diskussion gab es zum Teil unterschiedliche Auffassungen zur Lage und Zukunft der Fachrichtung RHZ im VKSK. Einigkeit bestand aber darüber, daß wir es nicht zulassen sollten, durch Inaktivität oder Sprachlosigkeit eine Zersplitterung der RHZ zu begünstigen. An dem Erfahrungsaustausch nahm auch eine Delegation des ZV unter Leitung des Sekretärs des ZV Herbert Troschka teil, der auch das einleitende Referat hielt. Er berichtete, daß das Präsidium des ZV am 9. 11. 89 über den Platz, die Aufgaben und die Forderungen des VKSK im Prozeß der Erneuerung des Sozialismus in der DDR diskutiert hat und eine Wortmeldung verabschiedet hat. Dann sprach er zu einzelnen Problemen, wie

- Beitritt des VKSK in die FCI, (bei Erscheinen dieses Beitrages ist der Antrag bereits gestellt)
- Einschätzung und Schlußfolgerungen zur Arbeitsweise von Funktionären innerhalb der Fachrichtung
- Einführung von Rassen, die bisher nicht in der DDR vertreten sind, deren Zulassung, ihre Registrierung oder die Eröffnung von Zuchtbüchern
- Import von Hunden, insbesondere Änderungen der Verfahrensweise bei der Antragstellung
- Deckakte im nichtsozialistischen Ausland und umgekehrt
- Teilnahme an Ausstellungen und Leistungsvergleichen auch in nichtsozialistischen Ländern bzw. Teilnahme von ausländischen Bürgern an Ausstellungen in der DDR Troschka warf auch die Frage auf, ob der Entwurf der neuen Ausstellungsordnung und der Bewertungsrichtlinie bereits ausreichend mit den Mitgliedern diskutiert wurde um beschlossen zu werden und ab 1. 5. 90 gültig zu sein. Der Standpunkt der anwesenden Mitglieder der Kommission des ZV für RHZ war nicht in allen Punkten mit diesen Ausführungen identisch. Wir nannten folgende Ausgangspunkte unsere zukünftige Arbeit:

1. Die Veränderungen in unserem Land, besonders der offene Dialog und die Reformen und Änderungen der Gesetze (wie z. B. Reisegesetz, Vereinigungsgesetz) werden viele Rassehundehalter und -züchter ermutigen, sehr offen und direkt ihre Probleme darzulegen und Forderungen zu stellen, und das nicht zu unrecht.

2. Ein Teil der im Referat von H. Troschka genannten Probleme (siehe Schwerpunkte) ist nicht neu. Warum sie bisher nicht gelöst wurden, ist dem ZV des VKSK bekannt, nicht aber den Mitgliedern. Daraus resultiert die Meinung der Mitglieder, daß der VKSK ihre Probleme nicht lösen kann.

3. Es gibt Auffassungen unter den Mitgliedern, daß ein Millionenverband mit 12 Fachrichtungen nicht in der Lage ist, sich voll allen Fachrichtungen mit der notwendigen Aufmerksamkeit zu widmen, also das Gefühl, die „letzte“ Fachrichtung des VKSK zu sein.

4. Die derzeitigen Befugnisse der bestehenden Strukturen und Gremien in der Rassehundezucht verstärken das Gefühl auch bei den ehrenamtlichen Funktionären. Diskussionen über die Vor- und Nachteile der ehemaligen SZG werden zu Grundsatzdiskussionen. Fest steht, daß die Kommunikation zwischen SZG-Leitungen und Basis besser war und den Mitgliedern mehr gegeben hat, als es heute der Fall ist. 5. Die Schlußfolgerungen aus den Punkten 2 bis 4 ist im Extremfall die Herauslösung der Fachrichtung RHZ aus dem VKSK oder die Bildung einzelner Klubs. Diese Forderung darf nicht unterschätzt werden, wobei die Motive sehr differenziert sind.

6. Die Forderung nach Selbständigkeit und Eigenverantwortung in der RHZ im VKSK ist bei Funktionären und Mitgliedern ausgeprägt.

7. Bei einer Einschätzung der Gremien innerhalb der RHZ müssen die Mitglieder Priorität haben, weniger die übergeordneten Organisationsgliederungen. Die Mitglieder fordern mit Recht die Wählbarkeit aller Funktionäre. Daraus ergeben sich die Ziele der Kommission des ZV für RHZ. Sie lauten:

- Sofortiger Eintritt in die FCI
- Rassehundezucht bleibt im VKSK, wobei über die Art und Weise mit den Mitgliedern breit zu diskutieren ist.
- Selbständigkeit und Eigenverantwortung der ehrenamtlichen Gremien in der RHZ im VKSK.
- Wählbarkeit aller Gremien und Funktionäre.
- Eine Teilung der ohnehin oft sehr kleinen Populationen innerhalb der Rassen durch unkontrollierte Zersplitterung in Form von Klubs ist unbedingt zu vermeiden.
- Lösung der im Referat von H. Troschka angeführten Probleme.
- Die Mitglieder der Fachrichtung müssen wissen, wie es weiter geht und sind in den Dialog einzubeziehen.
- Einheitliche kynologische Organisation mit der SDG im VKSK? Es wurde ein Maßnahmenplan vorgetragen, der von allen anwesenden Funktionären einstimmig bestätigt wurde. Der Plan enthält folgende Schwerpunkt.

1. Maßnahme: Umgehende Erweiterung der Befugnisse und Verantwortlichkeit der ehrenamtlichen Gremien der RHZ im VKSK ohne sofortige Strukturänderung. Dazu erarbeitet die Kommission für RHZ mit ihrer durch erfahrene Funktionäre erweiterten Arbeitsgruppe Zucht bis Mitte Dezember ein Aktionsprogramm zu den Punkten:

- Antrag an das Sekretariat des ZV zur umgehenden Erweiterung der Verantwortung und Befugnisse der ehrenamtlichen Gremien der RHZ im

VKSK unter Einbeziehung eines breiteren Kreises von Mitgliedern und Funktionären.

- Welche Konsequenzen haben die Mitgliedschaft in der FCI, die züchterisch-organisatorische Betreuung „neuer“ Rassen, Deckakte und Ausstellungsbesuche in nicht-sozialistischen Ländern bzw. Teilnahme von Bürgern anderer Länder an unseren Veranstaltungen auf die bestehenden Ordnungen und was muß in dieser Hinsicht weiterhin beachtet werden? Im Januar sollen dazu die ersten Beschlüsse gefaßt werden. Bis dahin muß verantwortungsbewußt im Einzelfall für die Mitglieder entschieden werden.

2. Maßnahme: Notwendige, aber durchdachte Änderung der Organisation und Struktur der RHZ im VKSK in Zusammenarbeit mit der SDG im breiten Dialog mit allen Mitgliedern. Dazu ist eine gemeinsame Konzeption von VKSK und SDG zu erarbeiten und zur Diskussion zu stellen. Aus dem Erfahrungsaustausch ergeben sich folgende Fragen an die Mitglieder der Fachrichtung Rassehundezucht im VKSK, zu denen wir möglichst viele Meinungen und Antworten erbitten: 1. Wie sind die Meinungen und Auffassungen der Mitglieder zur Lage in der Fachrichtung Rassehundezucht? 2. Ist der von der Kommission vorgeschlagene Maßnahmeplan der richtige Weg, um die Verbundenheit der Mitglieder und Funktionäre sowie die Hundepopulation bei den einzelnen Rassen zu erhalten? Die Einheit ist für eine Mitarbeit in der FCI unbedingt notwendig. 3. Wurden die Maßnahmen und Schwerpunkte im Maßnahmeplan richtig gesetzt? 4. Gibt es weitere Hinweise zur Verbesserung der Arbeit in der Fachrichtung Rassehundezucht im VKSK? Wir rufen alle zu einer umfassenden und freien Aussprache auf. Schicken Sie Ihre Meinungen bitte an folgende Adresse: ZV des VKSK, Abt. KTZ II, Holteistr. 19, Berlin, 1035.

Der Hund 02/89, S.1

SDG-Präsidium zurückgetreten

Außerordentliche Präsidiumstagung mit Obleuten der Zuchtleitungen und ZRK / Vertrauensschwund zu groß / Arbeitssekretariat gewählt
Obwohl letztlich eindeutige Abstimmungsergebnisse auf der erweiterten außerordentlichen Präsidiumssitzung am Sonnabend; dem 16. Dezember 1989, den Willen aller Anwesenden zur gründlichen Erneuerung der SDG dokumentierten, fuhren doch viele, vorrangig Bezirksvorsitzende, mit gemischten Gefühlen nach Hause. Sie waren sich bei weitem nicht sicher, ob ihre gehobene Hand tatsächlich den Willen der von ihnen vertretenen Mitglieder bekundete. In Anwesenheit des Vorsitzenden des VKSK, Dr. Horst Laschinski, sowie des 1. Sekretärs des Zentralvorstandes, Erwin Wegner, hatten es weder Jürgen Mentz noch der einstimmig bestätigte Versammlungsleiter, Fritz Künne, leicht, ungewohnte Demokratie auch in diesem Gremium in sachlichen Bahnen zu beherrschen. Einmütig die Meinung aller Anwesenden: Der Vertrauensschwund des Sekretariats ist so groß, daß eine weitere Arbeit in gleicher Form unmöglich ist. Kritisch vermerkt wurden Methoden des Führungsstils, Reglementierung, Konzeptionslosigkeit, teils mangelnde Kompetenz, schlechte Finanzarbeit. Auch die Tatsache, daß die dringend notwendige außerordentliche Präsidiumssitzung erst auf Initiative der Bezirksleitung Erfurt zustande kam, und auch die Obleute der Zuchtleitungen nicht vom Sekretariat, sondern der ZRK — die übrigens keinen Grund zum Rücktritt sah — eingeladen wurden. Viele harte Vorwürfe, speziell von den Obleuten, mußten sich vorrangig die Sekretariatsmitglieder anhören. Gerade die Träger der Zucht, als die sich die Zuchtleitungen verstehen, wurden mehr und mehr zu Befehlsempfängern degradiert. Nicht ganz haltbar erscheint der Vorwurf, das alte Sekretariat hätte die SDG an den Rand des finanziellen Ruins gewirtschaftet, nimmt man den Bericht des verantwortlichen Sekretariatsmitgliedes für Finanzen, Rudolf Panian, als Grundlage, der u. a. nachwies, daß bei Übernahme der Geschäfte von Reiner Fehling nach der 6. Generalversammlung ein Minus von 10 000,— Mark vorhanden war. Viele Fragen blieben naturgemäß offen, auch wenn Erwin Wegner ausführlich zur weiteren Entwicklung des VKSK und dabei speziell der Rassehundezucht, sprach. Als Fakten bleiben der mit überwiegender Mehrheit gefaßte Beschluß des Präsidiums, zurückzutreten, die seitens der Zentralen Revisionskommission erteilte Entlastung sowie die sich anschließende geheime Wahl, zu der alle Anwesenden stimmberechtigt waren. Folgende Sportfreunde wurden in das Arbeitssekretariat gewählt, das vorrangig eine außerordentliche Generalversammlung vorzubereiten hat: Günter Conrad, Vorsitze Reiner Fehling, Stellvertr. Dr. Wilfried Dreyer, Johannes Dornbusch, Gertraud Memmert, Rudolf Panian, Peter Thiel

An die Leser und Autoren unserer Zeitschrift

Wir hatten uns vor einigen Wochen im „Bauern-Echo“ schon einmal an Sie gewandt. Den Vorteil der Tageszeitung nutzend, wollten wir den einen oder anderen von Ihnen erreichen, um Verständnis zu wecken für die relativ lange Zeit des Schweigens in unserer Zeitschrift seit dem Anbruch so großer und tiefgreifender Umwälzungen in diesem Land. Nun hoffen wir aufrichtig, mit dem Heft 1/90 den Auftakt zu einem neuen „Aufbruch zur Jagd“ zu geben. Wir appellieren an Sie, liebe Leser und Autoren, sich an dem ehrlichen Disput um die zukünftige Entwicklung unseres Jagdwesens in kritischer aber sachlicher, sprich wirklich demokratischer Weise zu beteiligen. Wie die zurückliegenden Wochen und Monate zeigen, ist das nicht so einfach, weil man lernen muß, dem anderen zuzuhören, die Meinung des anderen zu akzeptieren. Wir bieten Ihnen die Zeitschrift „Unsere Jagd“ dafür als ein Forum des konstruktiven Meinungsstreites, des Suchens nach den besten Lösungen für eine Jagd, die dem Volke gehört. Leider war es auch die Jagd, die gleich zu Beginn der Zeitenwende ins Gerede kam. Mit Abscheu distanziert sich selbstverständlich auch die Redaktion dieser Zeitschrift von dem, was ehemalige hohe Partei- und Staatsfunktionäre unter Jagdausübung verstanden. Gerade darum wollen wir mit unserer Arbeit deutlich machen, daß dies die Jagd nicht ist, der sich mehr als vierzigtausend Menschen in dieser Republik in ihrer Freizeit verschrieben haben. Trotz vieler Fragen, für die sich Antworten nicht so einfach aus dem Ärmel schütteln lassen, sollten wir uns gemeinsam bemühen, das Gute, das Bewährte zu erhalten. Wir möchten mit Ihnen, liebe Leser, in der Zukunft noch enger und aktiver zusammenarbeiten. Wir erwarten Ihre Ideen und Anregungen, Standpunkte und Kritiken und bitten gleichzeitig um Verständnis dafür, daß nicht jede Zuschrift veröffentlicht werden kann und vieles von uns gekürzt werden muß.

Frank Pölzing Verantwortlicher Redakteur

Die Jagd 01/90, S. 1

Schlussfolgerungen?!

Meine Empfindungen und Gefühle zwingen mich ganz einfach, zur Feder zu greifen und Euch zu schreiben. Zutiefst empört und erschüttert haben mich die Berichte in unseren Medien über die Jagdprivilegien unserer Führungsspitzen unter den Augen einer Obersten Jagdbehörde und bestehenden gesetzlichen Regelungen eines sozialistischen Jagdwesens in der DDR. Ich möchte wissen, wodurch wurde das möglich? Wie steht die oberste Jagdbehörde dazu, und in welchem Umfang und Ausmaß gab es solche Privilegien? In unserer Zeitschrift „Unsere Jagd“ erwarte ich von der Obersten Jagdbehörde und der Redaktion eine völlige Offenlegung der privilegierten Ansprüche und Zugeständnisse über Jagdgebiete, Wildbestand, Wildbretaufkommen der vergangenen Jahre, Aufwendungen und Kosten. Ich glaube, wir haben ein Recht darauf, das alles zu erfahren und auszuwerten. Neben der Analyse sollte sich die Oberste Jagdbehörde auch zu Schlußfolgerungen bekennen, um verlorengegangenes Vertrauen bei allen ehrlichen Weidgenossen wiederzuerlangen.

H.-G. Seellger, Oybin

Jägerverband in der DDR gegründet

Als Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft für Jagd- und Wildforschung und verantwortungsbewußte Jäger haben wir die Initiative zur Bildung eines Jagdverbandes in der DDR ergriffen. Dieser Verband wirkt für die Bewahrung und Pflege von Wildpopulationen und ihrer Lebensbedingungen, in Übereinstimmung mit den Interessen des Natur- und Umweltschutzes, sowie der Land- und Forstwirtschaft. Wir verstehen Wildtiere als wertvolles Gut des gesamten Volkes. Der Verband pflegt die Jagd als eine in Tradition und Kultur eingebundene naturnahe Tätigkeit. Er tritt ein für die Bewahrung des Jagdrechtes als eines Grundrechtes des Volkes und für die Jäger in der Öffentlichkeit. Die Initiativgruppe hat sich die Aufgabe gestellt, in kurzer Zeit eine diesen Zielen entsprechende Satzung des Verbandes zu erarbeiten und zur Mitgliedschaft aufzurufen. Wir sehen uns weiterhin verpflichtet, umgehend einen entsprechenden Entwurf eines Jagdgesetzes zu erarbeiten. Dazu rufen wir die der Natur und Landnutzung verpflichteten Parteien und Organisationen der DDR auf, sachkundige Vertreter zur Mitarbeit zur Verfügung zu stellen. Wir wenden uns an alle Bürger, vor allem an progressive Jäger, unser Vorhaben durch Mitarbeit und durch Vorschläge zu unterstützen.

Unsere Kontaktadresse:

Arbeitsgemeinschaft für Jagd- und Wildforschung
Alfred-Möller-Str. 1
Eberswalde-Finow 1300

Eberswalde-Finow 22. 1. 1990

Lutz Briedermann, Niederfinow
Christina Liess, Eberswalde-Finow,
Bruno Trömer, Beelitz, Manfred Schütze, Kleinmachnow,
Christof Stubbe, Sandkrug, Egon Wagenknecht, Petershagen

Mehr Zuversicht

Im Namen meiner Kommilitonen der Spezialisierungsrichtung Forsttechnik begrüße ich die Entscheidung unserer Regierung, alle Staats- und Sonderjagdgebiete aufzulösen und den örtlichen Jagdgesellschaften zu übergeben. Diese Privilegien der ehemals führenden Funktionäre von SED und Staat waren auch ein glatter Rechtsbruch, weil sie im Widerspruch zum Jagdgesetz der DDR standen, das in seiner wesentlichen Aussage davon ausgeht: Die Jagd gehört dem Volke! Diese Rechtsbeugung muß gerichtlich geahndet werden! Ich werde in einigen Monaten als Dipl.-Ing. meine Tätigkeit im VEB Kombinat Forsttechnik Waren/Müritz aufnehmen und dort arbeiten, wo vor kurzem noch zwei räumlich sehr umfangreiche Staatsjagdgebiete (darunter eines für Herrn Stoph) die einheitliche Bewirtschaftung des Waldes und seine Nutzung durch alle erheblich einschränkten. Die Entscheidung der Regierung wird sich deshalb auch positiv auf meine Arbeit beim Einsatz der Forsttechnik und sicher auch auf meine Freizeitbeschäftigung als Jäger auswirken. Ein zusätzlicher Grund, mich auf meine erste Arbeitsstelle nach dem Studium zu freuen. Thomas Friedrich, Student der Forsttechnik, 4. Studienjahr, Ingenieurhochschule Berlin-Wartenberg und Mitglied der Jagdgesellschaft Karbow/Lidu

Wende im Jagdwesen – nur ohne „Staaten im Staate“

Mit der Umgestaltung und Erneuerung unserer sozialistischen Gesellschaft gilt es, für unser Land wieder Stabilität und Vertrauen zu schaffen. Was bedeutet das für unser Jagdwesen? Es bedeutet nach meiner Auffassung u. a.:

1. Vorhandene Strukturen zu überdenken und zu verändern. Dazu gehört die Umwandlung aller Forstwirtschaftsbetriebe der NVA in staatliche Forstwirtschaftsbetriebe, um endlich eine einheitliche Führung und Leitung durch ein Ministerium zu erreichen und „Staaten im Staate“ zu beseitigen. Militärisch sensible Bereiche wie Schießplätze, Raketenstellungen, Objekte usw. sollten Reviere mit besonderen Bewirtschaftungscharakter sein, die durch spezielle Revier- und Oberförstereien betreut und bewirtschaftet werden, aber im Rahmen von staatlichen Forstwirtschaftsbetrieben.
2. Alle Jagdgesellschaften der NVA sollten aufgelöst werden. An ihrer Stelle sollten zivile Jagdgesellschaften nach bewährten demokratischen Grundsätzen gebildet werden. Neben den zivilen Jagdgesellschaften sollte es Jagdgebiete für Angehörige der NVA geben, die sich nur auf tatsächlich militärisch notwendige Bereiche konzentrieren.
3. Für Jagdgesellschaften sollten Prämissen gesetzt werden wie:
 - a) Mitgliederzahl (Obergrenze für eine Jagdgesellschaft 60 Mitglieder)
 - b) Jagdgebietsfläche (Obergrenze 7 500 ha)
 - c) Schalenwildbewirtschaftung (maximal 3 Schalenwildarten)
 - d) Altersgrenze für Jagdleiter (Obergrenze 65. Lebensjahr)

- e) Altersgrenze für Vorsitzende (Obergrenze 65 Jahre)
 - f) Abschaffung der gesamten Wettbewerbsproblematik, um moralische Deformierungen abzuschaffen und Einführung von Zielprämien und Jahresendprämien durch die staatlichen Forstwirtschaftsbetriebe. Den Jagdgesellschaften sollten Vollmachten übertragen werden für:
 - den Einsatz von Kadern in der Jagdgesellschaft bis zum Einsatz von Jagdleitern;
 - Disziplinarmaßnahmen bis zum Einzug von Trophäen bei Fehlabschüssen;
 - die Vergabe von Freigaben für Jagdwaffen, die der Staat zur Verfügung stellt;
 - die Festlegung von Hauptwildarten im Bereich der Jagdgesellschaft (dabei sollte festgeschrieben werden, daß überall, wo Dammwild bewirtschaftet wird, Rotwild nicht Hauptwildart sein darf).
- R. Hellmundt, Ueckermünde

Was viele Jäger bewegt

Ich bin Forstmann und Jäger aus Berufung und erlaube mir deshalb einige kritische Bemerkungen zum Jagdwesen in der DDR zu machen. Einige Gedanken zur bisherigen Leitung unseres Jagdwesens: Viele Leiter von Jagdbehörden haben von der Jagd keine Ahnung, sollen aber die Geschicke der Jagd im Territorium lenken und leiten. „Auswahl der Kader nach Fachwissen und Charakter“ - das sollte man bei der Erneuerung und Umgestaltung des Jagdwesens unbedingt beachten. Deshalb ist die Bildung eines selbständigen demokratischen Jagdverbandes der DDR dringend angebracht. Das wäre dann auch ein Gremium, welches bei der Ausarbeitung von Gesetzen, Verordnungen und Bestimmungen ein wichtiger Verhandlungspartner für die staatlichen Organe wäre. Wie wurde denn in der Vergangenheit verfahren - willkürliche Festlegungen ohne Diskussion mit der Jägerschaft. Dazu zwei Beispiele: Wie kann man die Jagdzeit für Hasen außerhalb von Bewirtschaftungsgebieten ab 15. August festlegen, wo zu dieser Zeit die Häsinnen noch dick gehen oder säugen? Warum hat man die Möglichkeit genommen, auf den Frühjahrsstrich der Schnepfen zu gehen. Ich erinnere mich eines Berichtes der Versuchsanstalt für Handfeuerwaffen in einer alten Jagdzeitung, in der Dr. Eilers feststellte, daß 48 Schuß gebraucht werden, um eine Schnepfe auf dem Balzflug zu erlegen. Also nehme ich meinen Stöberhund und buschiere im Herbst zur Zugzeit der Schnepfen und schieße mit Leichtigkeit 8-10 Vögel mit dem langen Gesicht. Ist das weidgerechter, und schadet es dem Bestand nicht mehr? Doch lieber das Frühlingserwachen nach dem langen Winter im Walde erleben und nur eine Schnepfe neben den erblühten Märzenbechern in Besitz nehmen. Nun wird ja in dem Kommentar zur 7. DB von der weiteren Festigung der Rechtsordnung in der DDR gesprochen, auch dazu einige Beispiele: Viele Jahre wurde durch den ehemaligen Staatsratsvorsitzenden für das Diplomatische Korps eine Hasen-Staatsjagd veranstaltet. Über das Für und Wider einer solchen Repräsentationsjagd kann man sich streiten. Welcher Aufwand und

welche Kosten dafür entstanden sind, ist nicht meine Hochzeit, sondern Aufgabe der Finanzrevision. Daß es darüber aber besonders über die Durchführung einer dieser Jagden im Bezirk Erfurt nach dem Beginn der Schonzeit für Hasen große Diskussionen unter der Jägerschaft gegeben hat, brauche ich wohl nicht besonders zu betonen.

Jagdverband gründen

Als langjähriges Mitglied einer Jagdgesellschaft und des Kreisjagdbeirates habe ich, wie sicherlich viele andere Weidgenossen unseres Landes, die Offenlegung von Verfehlungen, unweidmännischen Handlungsweisen sowie unserer Gesellschaft fremden Vorgängen durch ehemalige Mitglieder des Politbüros des ZK der SED als auch anderer Staats- und Parteifunktionäre bei der Jagdausübung in Staats-, Armee- und Sonderjagdgebieten sehr aufmerksam und mit wachsender Empörung und Enttäuschung verfolgt. Die in solchen Jagdgebieten errichteten und benutzten Luxusbauten sowie Jagdhütten mit deren luxuriösen Einrichtungen widersprechen nicht nur unseren Moralauffassungen, sie sind für die Jagdausübung nicht erforderlich und zusammen mit anderen teilweise unweidmännischen Verhaltensweisen auch nicht mit dem sozialistischem Weidwerk zu vereinbaren. Sie sind als eine Abart feudaler Jagd-, Lebens- und Erholungsformen von uns auf das schärfste zu verurteilen. Alle diese Vorgänge haben mich zu einer sehr kritischen Analyse der gesetzlichen Bestimmungen und deren mögliche Verletzung, Handhabung und Kontrolle in der Praxis veranlaßt. Grundsätzliche Erkenntnisse daraus sind, daß trotz neuerlicher Jagdgesetzgebung im Jahre 1984, dogmatische, konservative sowie administrative und bürokratische Formen und Methoden der Leitung und Organisation mit unsachverständigen Leitern der Jagdbehörden für das Jagdwesen der DDR nach wie vor, vor allem von oben nach unten, vorherrschend und typisch sind. Mit der offiziellen Gestattung einer Vielzahl großer Staats-, Armee- und Sonderjagdgebiete sowie Sonderrechten für bestimmte Personen oder solchen, die sie sich anmaßen oder in Anspruch nahmen, wurde nach meiner Meinung solchen feudalen Auswüchsen noch Vorschub geleistet, als auch die Mißachtung und Verletzung jagdrechtlicher Bestimmungen begünstigt sowie einer demokratischen Kontrolle entzogen. Im Ergebnis dessen, was sich an vielen Stellen unseres Landes im Jagdwesen oder mit dem Mißbrauch des Jagdwesens an Negativem abspielen und vollziehen konnte, halte ich nicht nur die Auflösung der Staats-, Armee- und Sonderjagdgebiete sowie die Abschaffung aller Sonderrechte für Persönlichkeiten für erforderlich; sondern ich halte es auch für dringlich geboten, das dadurch kompromitierte Jagdwesen samt seiner Gesetzgebung vollständig zu reorganisieren und völlig zu erneuern.

Vorschläge:

1. Für den Erneuerungsprozeß ist eine Trennung zwischen Staat und Jagd vorzunehmen, die Leitungs- und Organisationsstruktur

entsprechend zu verändern sowie eine grundsätzliche Erneuerung und Überarbeitung der gesetzlichen Bestimmungen und rechtlichen Regelungen so vorzunehmen, das sich gleiches nicht wiederholen kann.

2. Zur Herbeiführung demokratischer Leitungs-, Organisations- und Kontrollformen rufe ich alle Weidgenossen und ihre Jagdgesellschaften zur Gründung eines Jagdverbandes der DDR auf. Basis dieses Verbandes können die zur Tradition gewordenen Jagdgesellschaften mit ihren Jagdgebieten bleiben, dessen Zusammenschluß und organisatorischer Aufbau sich mit Kreis- und Bezirksjagdverbänden bis zum Jagdverband der DDR fortsetzen.

3. Der Jagdverband und seine Organe (Bezirks- und Kreisjagdverbände sowie die Jagdgesellschaften) werden von gewählten Vorständen geleitet und auf der Grundlage eines Verbandsstatutes tätig.

4. Dem Jagdverband werden die Jagdausübung, die Wildbewirtschaftung und die Wildschadensverhütung auf eigene Rechnung und nach der wirtschaftlichen Rechnungsführung durch die Realisierung aller Einnahmen und Ausgaben die sich aus der Jagd ergeben zugeordnet. Ihm werden die dafür erforderlichen Leitungsaufgaben übertragen

5. Für die Zusammenarbeit mit den Staatsorganen und den Forstwirtschaftsbetrieben und zur Wahrnehmung weiterer gesetzlicher Aufgaben und staatlicher Maßnahmen werden ab der Kreisebene von den jeweiligen Verbandsvorständen gewählte und den Räten bestätigte Jagd- oder Oberjagdmeister ehrenamtlich tätig. Ein anderes, weiteres Erfordernis in diesem Zusammenhang ist es, jedem Jäger den Erwerb einer eigenen Jagdwaffe nach seiner Wahl freizustellen und zu gestatten sowie die gegenwärtigen überzogenen Sicherheitsbestimmungen für den Erwerb, den Besitz und die Aufbewahrung von Jagdwaffen und Munition zu verändern und zu erleichtern. Die Inanspruchnahme volks- oder gesellschaftseigener Jagdwaffen gegen Gebühren sollte beibehalten werden. Für die Gründung des Jagdverbandes möchte ich mit meinen Vorschlägen zur Diskussion über dessen innere Ausgestaltung sowie eines Initiativkomitees zur Ausarbeitung der Gründungsdokumente anregen.

Otto Sauerbier, Artern

Die Jagd 02/90, S. 35, 36, 37

Miteinander das Beste wollen

Nicht nur Meinungen haben – sie äußern und vertreten
Veränderungen nicht abwarten – selber etwas dafür tun

Wir haben Zeitprobleme! Eine doppelsinnige Feststellung, fürwahr. Konkret also: Diese Zeilen habe ich am ersten Novembertag geschrieben. Eine Ausnahme mit Billigung der Druckerei, denn ebenfalls am ersten Novembertag war Imprimaturtermin, mit Unterschrift bestätigte Frist, also einen Monat vor ihrem Erscheinen, daß die Zeitschrift gedruckt werde. Komplett, mit allen Texten, allen Bildern. Was nun beim Weiterblättern gelesen und gesehen werden kann, ist aber mindestens zwei Monate alt, denn in den Satz gaben wir die Manuskripte bereits Anfang Oktober. Und etwas Zeit brauchen wir /ich zum Bearbeiten der Manuskripte, für Recherchen, zum Schreiben unserer Beiträge.

So wird es denn sein, daß einiges in dieser Ausgabe von den Ereignissen unserer nun wieder schnellebigen Zeit überholt oder widerlegt worden ist. Selbst, daß auf den Fotos möglicherweise Gesichter zu finden sind, die heute hier nicht mehr zu finden sind.

Nun will ich mit diesen Zeilen keinesfalls für „Verspätungen“ um Entschuldigung bitten. Wir haben auch diese Ausgabe mit bestem Wissen und Können gestaltet, haben berichtet, was berichtenswert war. Zudem sind wir der Auffassung, alle Probleme mit den Mitteln und Möglichkeiten einer zweimonatlich erscheinenden Zeitschrift bereits seit Jahren immer wieder angesprochen zu haben. Nicht die Grundprobleme, die nun zur sozialistischen Erneuerung drängen. Aber Probleme, die den See- und Tauchsport betrafen, die sich auf die Entwicklung unserer Sportarten hemmend auswirkten, die Hindernisse darstellten auf dem Weg zu mehr Breite, Vielfalt und Aktivität im Sport der GST. Die Redaktion hat Schelte dafür hingenommen, hat sich vor dem versammelten Präsidium des Seesportverbandes diskreditieren lassen, wir haben uns gegen persönliche Angriffe gewehrt.

Nicht aus Überheblichkeit, sondern wohl wissend um unsere hieb- und stichfesten Informationen von der Basis und deren Widersprüchlichkeiten zu verkündeten Erfolgen und kritiklosen Einschätzungen einer makellosen Entwicklung unserer Sportarten. Wir haben unsere veröffentlichten Meinungen in vielen Diskussionen vertreten und auch verteidigt. Nicht um des Rechthabens willen, sondern um Mißstände im Leben unserer Organisation beseitigen zu helfen. Doch auch bei uns haben sich durch langjährige Gewohnheit Verhaltensweisen der Anpassung an vorgegebene Ansichten herausgebildet, haben wir Tatbestände, Stoffe oder Argumente nicht verwendet, da nicht sein konnte, was nicht sein durfte.

In der Zeit, zu der ich diese Zeilen schrieb, wurde viel miteinander gesprochen, leidenschaftlich und offen, Streitbar und konstruktiv. Überall im Lande. Das ehrliche und mit gegenseitigem Verständnis geführte

Gespräch wird fortgesetzt, darf nie mehr abreißen. Wir wollen dabeisein, trotz der Zeitprobleme. Wollen mit den Mitteln und Möglichkeiten des „poseidon“ helfen, den Zusammenhang herzustellen zwischen der Aussprache und den Taten, deren es nun bedarf, um Veränderungen wirksam zu machen. Wenn auch ein Dialog bei uns nicht so sein kann wie im Saal oder in der Tageszeitung — wir haben ein Zeitproblem — fordern wir unsere Leser trotzdem zur Wortmeldung auf, zu Äußerungen über alle den See- und Tauchsport, das Leben in unserer Organisation insgesamt betreffende Probleme, zu Vorschlägen, zu Wünschen.

Poseidon 06/90, S. 1

Nicht allein in eigener Sache

Wie weiter mit der Zeitschrift „poseidon“?
Gedanken und Wünsche der Leser sind gefragt

Die Veränderungen in unserem Land sind überall sichtbar, spürbar. Wenn zur Zeit noch auf Schwerpunkte konzentriert, wirken sich die Erneuerung der politischen Strukturen und die Reformen vor allem in der Wirtschaft doch schon auf die im engeren oder weiteren Umkreis liegenden Bereiche aus, so auch auf unsere Zeitschrift. Herausgeber ist nach bisheriger Praxis die Gesellschaft für Sport und Technik. Diese Organisation hatte zum einen die gesellschaftliche Aufgabe, Jugendliche auf ihren Dienst in der Nationalen Volksarmee vorzubereiten, zum anderen allen Bürgern Möglichkeiten zu bieten, spezielle sportliche und technische Interessen zu befriedigen. Funktion der GST-Zeitschriften war demnach, die Organisation bei der Aufgabenerfüllung zu unterstützen. Im Herbst vorigen Jahres wurde die GST aus ihrer vormilitärischen Einbindung gelöst, wird nun möglicherweise eine Dachorganisation oder ein koordinierendes Organ selbständiger, eigenverantwortlicher Sportverbände. Ginge es nach den Forderungen der Präsidien des Seebeziehungsweise Tauchsportverbandes des DDR, müßte sich „poseidon“ zerreißen, denn beide Verbände wollen natürlich „ihre“ Zeitschrift, beide Verbände berufen sich auf Rechte. Dazu ein vereinfachter Blick zurück: Kurz nach der Gründung der GST gab es die Zeitschrift „Seesport“, der Tauchsport hatte darin auf einigen Seiten seinen Platz. Doch er machte sich stark, und 1961 erschien Heft 1 des „poseidon“ als Tauchsportzeitschrift, der „Seesport“ wurde eingestellt, auch ein nachfolgendes Mitteilungsblatt überstand die Einsparungsabschnitte der Zeiten nicht. Der „Taucherbummi“ hielt sich recht wacker bis 1977. Dann wurde die Zeitschrift zum Maritimen Magazin, sollte die Interessen der See- und Tauchsportler vereint befriedigen; eine damals beantragte Namensänderung wurde abgelehnt.

Daß diese Interessenvereinigung mehr eine theoretische war, wurde der Redaktion von Jahr zu Jahr bewußter und ihr von den Lesern bewußt gemacht: Den Tauchern war zuviel Seemännisches in „ihrer“ Zeitschrift, den Seeleuten wiederum zuviel „Unterwasserkram“ — im gleichen Heft jeweils!

Es allen recht getan, ist eine Kunst, die niemand kann. Dieses Sprichwort wäre eine bequeme Deckung gegen diese Meinungen gewesen, doch wir nutzten sie nicht, denn die Verkaufsaufgabe sprach ihr ökonomisch Wort, lag in keinem Jahr höher als die der kleinen Taucherzeitschrift! Und alle unsere Versuche, mit einem ausgewogenen Inhalt oder mit mehr Taucherei oder mit überwiegender Seefahrt, mit modernerer Gestaltung und aufwendigerer Ausstattung die Zahlen anzuheben, scheiterten, brachten uns nur noch mehr in die Kreide. Diese gleichbleibend geringe Auflage überzeugte uns davon, daß die Zeitschrift in ihrem jetzigen Profil nicht gefragt ist, daß sie so nicht mehr gemacht werden kann.

Abgesehen von vereinzelt Lesergesprächen und Gesprächen am Wasser, in Klubs und Stützpunkten waren uns statistische Umfragen nicht

möglich, und konkrete Analysen liegen nicht vor. So wußten und wissen wir nicht viel über unsere Leser. Wer kauft? Wer liest? Wer liest was? Und weshalb? Was fehlt oder ist zuviel?

Auf der 7. Tagung des Zentralvorstandes der GST wurde unter anderen auch eine Arbeitsgruppe gebildet, die Vorschläge zur Perspektive der GST-Publikationen erarbeiten soll, die der nächsten Tagung des Zentralvorstandes im Februar und dann dem GST-Kongreß Ende März. Wir glauben allerdings, daß bis dahin alle Messen gesungen sind. Entscheidungen stehen an, Prämissen sind Rentabilität und breite Interessenbefriedigung. Um nicht in alte Fehler zu verfallen, bieten wir Alternativen an und bitten alle Leser um Mitsprache:

1. Ein maritimes Magazin

mit allen Themen der Seefahrt, mit Schiffbau und Fischerei, mit Geschichte und allem Seemännischen, mit Seesegeln und Surfen.

2. Ein Tauchermagazin

mit Unterwasserfotografie, Biologie und Umweltschutz, Tauchertechnik und Meeresforschung, mit Wettkampfsport und allen Interessengebieten des Tauchsports.

3. Zwei Zeitschriften, jeweils eine für den Tauchsport- beziehungsweise Seesportverband der DDR, die den Charakter von Mitteilungsblättern haben würden.

Auf Seite 7 dieser Ausgabe haben wir einen Fragebogen platziert. Füllen Sie ihn Ihren Vorstellungen und Interessen gemäß aus und schicken ihn bitte an die

Redaktion „poseidon“

Schnellerstraße 139

Berlin

1190.

Ich bedanke mich für Ihre Mitarbeit und wünsche viel Erfolg im See- und Tauchsportjahr 1990!

Poseidon 01/90, S. 1

Noch einmal in eigener Sache

Entscheidungen standen bevor – sie fielen
„poseidon“ ab Ausgabe 3/90 für 4,- Mark

Es ist entschieden, lieber Leser, und Ihre Mitarbeit hat uns geholfen, hat zur Entscheidungsfindung beigetragen. Sie konnten uns nichts an Verantwortung abnehmen, aber wir haben uns auf die vielen Zuschriften zu unserer Umfrage stützen können. Vielen Dank!

Die Situation ist heute, am ersten Märztag, genau so, wie wir sie erwartet, ja vorausgesehen haben: Die Gesellschaft für Sport und Technik ist in endgültiger Auflösung begriffen, die Sportverbände gehen ihrer Wege, jeder für sich, und im ehemaligen Zentralvorstand bemühen sich Nachlaßverwalter um die möglichst gerechte Umverteilung von Technik und Gerät. Zum Nachlaß dieser Gesellschaft gehörte auch ihre Presse. Drei Bereiche haben die Arbeit eingestellt, die fünf fachgebundenen Magazine konnten sich herauslösen aus Bisherigem, existieren derzeit als Pressegruppe, allein ihren Lesern verpflichtet und bemüht um den Erhalt jeder Zeitschrift.

Deshalb auch unsere Umfrage in der Ausgabe 1/1990, ein Schnellschuß in letzter Minute vor dem Druck, der eine andere Form, beispielsweise als Postkarte, nicht mehr zuließ. Umso mehr überraschte uns das Echo, bisher erreichten uns fast 450 Briefe, viele mit zusätzlichen Vorschlägen, Hinweisen und guten Wünschen.

Leider sind wir nicht in der Lage, jede Zusendung zu beantworten, versprechen aber kann ich die gewissenhafte Auswertung aller Zuschriften. Nicht überrascht hat uns das bisherige Ergebnis: Der Großteil sind findige Leser, aber auch Zufallskäufer schickten ihren „Kreuzelzettel“. Deutlich in der Mehrzahl sind die an allgemein maritimen Themen interessierten Leser! Deutlich übrigens auch der Zahlenvergleich bei den aktiven Sportlern. Zum einen machen sie nur ein Drittel aller Einsendungen aus, zum anderen standen an einem Stichtag 117 Tauchsportler genau 27 Seesportlern gegenüber — wenn gleiches Desinteresse am Sportverband besteht, dann Gute Nacht! Seesport ...

Es ist also entschieden!

„poseidon“ wird ein Maritimes Magazin, natürlich mit einem anderen Namen, um Mißverständnisse auszuschließen, mit neuer Gestaltung, neuem Inhalt. Die Zuschriftenstatistik erleichtert uns die Konzeption, Seefahrt und Schiffbau, Umwelt- Schutz und Meeresforschung, Praktisches sind gefragt. Vorrangig in den Bereichen Wissenschaft und Forschung, Reise-, Erlebnis- und Bildberichte, Technik, Geschichte und Tradition.

Ein Maritimes Magazin. Nur schweren Herzens lassen wir die vielen Tauchsportler im Stich, doch bleibt uns keine andere Wahl. Und es ist uns auch kein Trost, daß nun jeder Tauchsportler die Zeitschrift „tauchen“ vom Hamburger Jahr-Verlag zum Freundschaftskurs beziehen kann, das „schönste UW-Magazin der Welt“, worauf Taucher der DDR

schon lange gewartet haben. So jedenfalls unterschreiben sie das auf dem Abonnement-Coupon ...

Übrigens haben Sie uns doch überrascht. Beim Preis. Jeweils 40 Prozent sind bereit, für eine monatlich erscheinende Zeitschrift mit 48 oder 32 Seiten 5,— M oder 6,— M hinzulegen, 20 Prozent wollen 4,— M bezahlen. Bei diesen 4,— M je Heft bleiben wir vorerst, unsere Kalkulatoren haben diesen Preis errechnet. 4,— Mark kostet Sie „poseidon“ ab nächste Ausgabe, ab Heft 3/1990, am Kiosk und im Abonnement. Beachten Sie bitte, daß Ihr Abonnement mit dem neuen Preis weitergeführt wird, sofern Sie es nicht in diesem Monat kündigen. Wir haben entschieden!

Die Zeit drängte, denn nur noch das erste Halbjahr 1990 ist finanziell gesichert. Die Wahl fiel uns nicht leicht, auch Journalisten sind bodenständig. Wir hätten uns bequem in das Brandenburgische Verlagshaus, den ehemaligen Militärverlag, zurückziehen und wie bisher weitermachen können, jahrzehntealter maroder Drucktechnik und ihren enormen Kosten ausgeliefert das unabwendbare Ende abwartend. Denn der Zeitschriftenmarkt ist nun grenzenlos, und konkurrenzfähig können Zeitschriften unter den jetzigen materiellen Möglichkeiten nur mit Kapitalbeteiligung werden.

Wir machen es uns nicht bequem, wollen sich bietende Chancen nutzen. Ja, auch Risiken eingehen. Wir wissen aber was wir können, besitzen genug gesundes Selbstvertrauen, journalistische Erfahrungen und einen großen Schatz sach- und fachkundiger Autoren. Und wir wissen, auch dank Ihrer Mitarbeit, was am Maritimen interessierte Leser wünschen, wie ein Maritimes Magazin inhaltlich und gestalterisch aussehen muß. Um damit eine gute und auf dem Markt konkurrenzfähige Zeitschrift machen zu können, nutzen wir das Angebot einer renommierten Verlags-GmbH, Spezialisten in Sachen Zeitschriften, uns dabei zu helfen. Wir hoffen auf Ihre Treue, liebe Leser, und werden alles daransetzen, Sie nicht zu enttäuschen.

Poseidon 02/90, S. 1

Erfahrungen und Veränderungen
Nichts ist beständiger als der Wechsel –
Erkenntnisse im Interesse der Leser umgesetzt

Wir hatten uns entschieden, Anfang dieses Jahres. Wir waren bereit, uns zu ändern, aus dem „poseidon“ eine Zeitschrift zu machen, die sich ausschließlich an jene Leser wendete, deren Interessen auf Seefahrt und Schiffbau liegen, auf Meeresforschung und Umweltschutz.

Wir begründeten im März unsere Entscheidung mit den bis dahin analysierten Ergebnissen unserer Leserumfrage. Die Zeit drängte, und wir waren damals überzeugt, richtig entschieden zu haben.

Doch nichts ist beständiger als der Wechsel. Inzwischen führten wir viele Gespräche mit Lesern, erhielten wir Briefe und Anrufe, diskutierten wir mit Journalistenkollegen, denen Marktwirtschaft und Medienmarkt Begriffe aus täglicher Arbeit sind.

Wir nahmen Hinweise, Ratschläge, Proteste und Erfahrungen auf, verknüpften sie mit dem Endergebnis der Leserumfrage, kamen dadurch zu anderen Resultaten, als an gleicher Stelle in der Ausgabe 2/1990 kundgetan:

Die Ausgangssituation ist allerdings so wie dort angekündigt — die Gesellschaft für Sport und Technik existiert nicht mehr, die Sportverbände bildeten einen Bund Technischer Sportverbände als Dachorganisation. Der ehemalige Herausgeber schließt seine finanziellen Verpflichtungen seinen Zeitschriften gegenüber Ende Juni ab ...

Doch die zum Zeitpunkt der Veröffentlichung gut laufenden Verhandlungen mit einem Verlag führten Anfang April ins Leere und für „poseidon“ ins Aus. Wir waren „vogelfrei“, aufgegeben, durften die hier vorliegende Ausgabe noch abschließen. Und das wär's dann gewesen! Wir aber wollten nicht aufgeben, nicht so kampflos kapitulieren, resignierend alles hinschmeißen. Also gingen wir selbst auf den Kurs und kamen mit Erfolg ans Ziel — „poseidon“ bleibt „poseidon“, bleibt das Maritime Magazin, allen seinen Lesern verpflichtet mit bisheriger thematischer Breite; eine veränderte Entscheidung, entstanden aus den in den oben genannten Gesprächen und Diskussionen gewonnenen Erkenntnissen.

„poseidon“ bleibt bei Seefahrt und Schiffbau, bei Umweltschutz und Meeresforschung, bei Praktischem. „poseidon“ bleibt aber auch bei Tauchererlebnissen, bei Abenteuern unter Wasser, bei packenden Bildberichten aus der Welt des Schweigens, bleibt bei Technik und interessantem Freizeitsport.

Und trotzdem wird „poseidon“ anders als bisher: Die Zeitschrift erscheint ab nächste Ausgabe jeden Monat, die vielfältigen Informationen sind also aktueller, zumal sich auch der technische Vorlauf verkürzen wird. Die 52 Seiten Qualitätspapier werden mehr als zur Hälfte farbig sein; mit dieser Ausstattung entspricht „poseidon“ den Wünschen der meisten Leser. Und sollten Sie, lieber Leser, Ihre Zeitschrift demnächst nicht sofort erkennen, schauen Sie mal genauer hin, die neue Titelgestaltung wird Ihnen sicher gefallen, und der Dreizack bleibt auf dem i ... Soweit zu ein paar augenfälligen Veränderungen, die inhaltlichen müssen Sie sich

selbst erlesen. Neben viel weltoffenen maritimen Informationen zu allen Themenkreisen finden Sie Wissenschaft und Forschung, Erlebnis- und Reiseberichte, Geschichtliches und Unterhaltendes, Anregungen und Tips zu Ihrem maritimen Hobby ...

„poseidon“ heißt „poseidon“ und ist doch neu. Bis auf den Preis, der bleibt bei 4,— Mark! Sie haben also keinen Grund, Ihr Abonnement voreilig zu kündigen. Wenn Sie allerdings noch nicht Dauerbezieher sind, es aber werden wollen, können Sie den Vordruck auf Seite 42 ausfüllen und einsenden, oder Sie schreiben einfach an die Druck- und Verlagsanstalt

„das blatt“ GmbH

Neue Roßstraße 11, Berlin, 1020. Unter dieser Adresse erreichen uns auch Ihre Wünsche, Hinweise und Kritiken.

Wir hoffen, Sie mit dem alten neuen „poseidon“ nicht zu enttäuschen.

Poseidon 03/90, S.1

Die Zeitschriften:

Deutscher Angelsport : Mitteilungen des Deutschen Anglerverbandes /
Hrsg.: Deutscher Anglerverband der DDR

Gegründet: 1949

Erscheinen eingestellt: 1996

Der Falke: Monatsschrift für Ornithologie und Vogelschutz / Hrsg.:
Zentraler Fachausschuss Ornithologie und Vogelschutz, Zentrale
Kommission Natur und Heimat, Kulturbund der Deutschen
Demokratischen Republik

Gegründet: 1954

Erscheinen eingestellt: 1990

Astronomie und Raumfahrt / Hrsg.: Kulturbund e.V.

Gegründet: 1963

Erscheinen eingestellt: 1991

Garten und Kleintierzucht: Zeitung d. Verbandes der Kleingärtner, Siedler
und Kleintierzüchter / Hrsg.: VKSK

Gegründet: 1962

Erscheinen eingestellt: 1990

Der Hund. Das Fachmagazin für Hundefreunde / diverse Hrsg., u.a.:

Zentralvorstand der Gesellschaft für Sport und Technik

Erscheint heute beim Dt. Bauernverlag, Berlin.

Unsere Jagd / Hrsg. anfangs: Staatliches Komitee für Forstwirtschaft;
dann Ministerium für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft der
DDR

Gegründet: 1954

Erscheint bis heute, herausgegeben vom Landesjagdverband
Brandenburg

Poseidon: Tauchsport, Unterwasserforschung, Tauchtechnik,
Unterwasserfotografie, Meeresbiologie, Unterwasserarchäologie u.
andere Sachgebiete / hrsg. v. Zentralvorstand der Gesellschaft für Sport
und Technik

Gegründet: 1962

Erscheinen eingestellt: 1991